LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

IV. Wahlperiode / 7. Sitzung.

4. Sitzungsperiode 1932.

Stenographischer Bericht

über die am Donnerstag, den 17. November 1932 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer (Z)-St. Ingbert: Meine Dame und meine Herren! Ich eröffne hiermit die Sitzung (10 Uhr.)

Die Regierungskommission ist vertreten durch die Herren:

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar;

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Schinhofen (Z)-Merzig; Becker (Z)-Saarbrücken; Wilhelm (Z)-Wehrden; Sommer (KP)-Heiligenwald.

.--.

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende Punkte:

I. Wahl der Beisitzer und ihrer Stellvertreter;

II. Bildung der Kommissionen;

III. Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Regelung des Wohnungswesens;

2) Abänderung der Verordnung betr. Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Saargebiet;

3) Durchführung des Gesetzes über den Ersatz der durch den Krieg verursachten Personenschäden (Kriegspersonenschädengesetz);

4) Abänderung des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen;

5) Die am 2. September 1932 unterzeichnete ZUSATZAKTE zum Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 23. Oktober 1924;

6) Abänderung der Kreisordnung für die Rheinprovinz vom 30. Mai 1887;

7)

7) Änderung des Gesetzes über die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 28.Juli 1906;

8) Bereinigung der Grundbücher;

9) Die Erhebung von Gebühren in Justizverwaltungsangelegenheiten;

10) Verkauf von Tabakerzeugnissen;

11) Einbehaltung von Waren;

12) Besoldung der Beamten und Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände.

In der Fraktionsführerbesprechung ist man darüber einig geworden betr.Wahl der Beisitzer und ihrer Stellvertreter, Bildung der Kommissionen,diese in der bisherigen Form zu belassen.
Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Detjen.

Abg. Detjen (KP): Wir beantragen,als Beisitzer Herrn Frisch und als Stellvertreter Herrn Pink bestellen zu wollen.

Vorsitzender: Wir stimmen darüberab, die Zusammensetzung des Vorstandes und die Bildung der Kommissionen in der bisherigen Form zu belassen. - Wer dafür ist,möge die Hand erheben.-
Ich stelle fest,daß die Mehrheit dafür ist. Infolgedessen ist der Antrag der Kommunisten abgelehnt.

Punkt III der Tagesordnung betreffend:

<u>Begutachtung der Verordnungsentwürfe</u>

wird wie folgt erledigt:

Die Vorlage 1 wird in die .....3.u. 5. Kommission
Die Vorlagen 2, 3 u.4..... 8. "
Die Vorlage 5, die eine formale Sache darstellt,soll heute debattenlos angenommen werden.- Widerspruch erhebt sich nicht. Die Vorlage ist somit einstimmig angenommen.
Die Vorlage 6 wird in die 4.u.5.Kommission
Die Vorlage 7 " " " ..... 6. "
" " 8,9" " " .....4.u.5. "
" " 10,11" " " ..... 3. "
" " 12 " " " .....4.u.5. "
verwiesen.

Außerdem ist eine Verordnung angekündigt betr.Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz.Es wird vorgeschlagen,diese Vorlage in die 8. Kommission zu verweisen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Wir treten in

<u>die</u>

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

277

die

Allgemeine Aussprache

ein. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß man in der Fraktionsführerbesprechung darüber übereingekommen ist, es bei einer halben Stunde Redezeit je Redner bewenden zu lassen.
Das Wort zur Geschaftsordnung hat Herr Abgeordneter Lorenz!

Abg. Lorenz (KP) Bei der allgemeinen Aussprache beantragen wir unbeschränkte Redezeit.

Vorsitzender: Über den Antrag haben wir bereits abgestimmt. Es bleibt bei der einhalbstündigen Redezeit.

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer !

Abg. Kiefer (Z): Meine Dame, meine Herren! Die Verhältnisse, wie sie sich entwickelt haben, erweisen es immer klarer, daß das Saargebiet längst reif zum Abbau ist.

Wenn die Mitglieder der Regierungskommission der Wahrheit die Ehre geben wollten, dann müßten sie, im Verein mit der Volksvertretung, der ganzen Welt diese Tatsache verkünden.

Unsere Wirtschaft gerät in immer größer werdende Schwierigkeiten. Das Handwerk sieht seine Beschäftigungsmöglichkeit immer mehr zusammenschrumpfen. Die Beschäftigungszahl in der Saarwirtschaft wird immer geringer. Nirgendwo kann heute noch richtig disponiert werden. Beträchtliche Geldmittel bleiben zur Unfruchtbarkeit verurteilt und fast alle unsere Gemeinden rufen heute verzweifelt nach Hilfe. Wie wir aus der Presse ersehen, wird in anderen Staaten versucht, der Wirtschaft zu helfen. Große Projekte kamen und kommen in Frankreich, in Italien und in anderen Ländern zur Durchführung.

(Zurufe der Kommunisten: Festungsbau!)

Auch im Reiche werden große Anstrengungen gemacht, die Wirtschaft neu zu beleben.

(Zurufe der Kommunisten:Die Arbeitslosenzahl steigt !)

Es soll untersucht bleiben, ob das, was man im Reich unternommen hat und durchzuführen gedenkt, in allen seinen Einzelheiten absolut richtig ist. Es kommt hier auf die Tatsache des Helfens an, die nicht geleugnet werden kann, in den Bestrebungen, die sich im Reich bemerkbar machen.

(Zuruf der Kommunisten: Lohnabbau!)

Es ist immer gut, wenn man die Hände nicht in den Schoß legt und alles treiben läßt. Versuche führen zu Erfahrungen, die ja dann zum Bessermachen benutzt werden können. Wenn nichts geschieht, wenn man alles dem Schicksal überläßt, greifen Mutlosigkeit und Interesselosigkeit um sich und das ist immer von Übel. Wir können nicht sagen, daß die Regierungskommission des Saargebietes eifrig bemüht wäre, der Wirtschaft des Saargebietes und damit auch den Gemeinden und dem Volke helfend beizuspringen. Gar oft bin ich in Versammlungen in den letzten Wochen gefragt worden - die Leute lesen es doch in den Zeitungen, wie andere Staaten bemüht sind, ihrer Wirtschaft zu helfen -, ob die Regierungskommission ein Winterschlafquartier bezogen habe, weil man seit der Inkraftsetzung der neuen Steuerverordnungen garnichts mehr von ihr höre,

(Zuruf aus der Komm.Fraktion: Es sind Verordnungen genug da !)

nur dann und wann höre man ihre Hand, wenn es sich um die Einengung bestehender oder den Erlaß neuer Bestimmungen handele, wodurch die Gemeinden stärker belastet würden. (Zu den Kommunisten gewandt) Die Sache ist mir viel zu ernst, um auf ihre Zurufe einzugehen.

(Unruhe bei den Kommunisten)

Ich muß bitten, daß der Gegenstand nicht benutzt wird, um humoristische Szenen herbeizuführen. Sie (zu den Kommunisten) wollen in aller Öffentlichkeit einen Beweis Ihrer Verantwortungslosigkeit geben.

(Widerspruch und Lärm bei den Kommunisten)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4 I

Gar oft bin ich nach dem Verbleib der Staatsanleihe gefragt worden,die ja gerade in der jetzigen schwierigen Zeit uns helfen könnte. Wir fragen hiermit die Regierungskommission, wie es um die Staatsanleihe steht? Werden überhaupt noch Anstrengungen gemacht,um sie hereinzubekommen? Wir fragen weiter, welche Pläne sie bereit hat,um zur Unfruchtbarkeit verurteiltes Geld zum Arbeiten zu bringen. Wir fragen die Regierungskommission auch,was sie zu tun gedenkt,um der Wirtschaft zu helfen. Wir müssen aus Verantwortungsgefühl Verwahrung dagegen einlegen,daß man hier einfach alles treiben läßt. Unser Volk lebt unter dem starken Eindruck,daß man die Dinge bis 1935 einfach schlittern lassen will,nach der Methode: Nach uns die Sintflut. Dieser Tage wurde uns noch glaubhaft versichert,daß Eisenbahnaufträge nach dem Ausland vergeben worden seien,obgleich eine im Saargebiet ansässige Firma ihr Angebot so niedrig wie möglich abgegeben habe,um ihre Arbeiter in Brot halten zu können. Durch die Vergebung solcher Aufträge fließt unser Geld ins Ausland und unsere eigenen Arbeiter werden brotlos,woraus sich eine doppelte Belastung bezw. ein doppelter Verlust für uns ergibt und da müssen wir verlangen,besonders von Staatsbetrieben,daß die Aufträge saarländischen Firmen übergeben werden.

Vor kurzem gingen durch die Presse Mitteilungen über sehr unhaltbare Zustände,die in Wadgassen an dem Übergang über die französische Stichbahn bestehen,die gegen unseren Protest Frankreich übereignet wurde. Nur durch Zufall wurden viele Menschen vor dem Überfahren durch einen Personenzug vor dem Tode bewahrt. Die heutigen Verkehrsverhältnisse gerade an dieser Stelle,müssen die Regierungskommission veranlassen, durch den Bau einer dringend notwendig gewordenen Umleitungsstrecke,dieses gefährliche Verkehrshindernis zu beseitigen,das dieser Bahnübergang inmitten einer dicht bevölkerten Gegend darstellt. Viele Menschen fänden dann Arbeit,Handwerk und Industrie bekämen Aufträge und die betreffenden Gemeinden könnten durch Verminderung der Ausgesteuertenzahl entlastet werden. Wenn man heute durch die früher so schönen Bachtäler des Saargebietes geht,wie beispielsweise das Bisttal,oder das Rosselbachtal oder das Sulzbach- oder Fischbach-Tal,oder an den anderen Bachläufen entlang,dann packt einem Ingrimm ob der Verunreinigung,ob des Schlamms,ob des stark schmutzigen Wassers,die diese schönen Täler verpesten und sie zu schmierigen Kloaken gemacht haben.

(Zuruf des Abg. Lorenz (KP): So geht die nationale Ehre zuschanden!)

Unser Rossel-und Bistbach werden durch lothringische Gruben verunreinigt,sodaß sie nur mehr Schlammbache bilden,deren Bett immer höher wird,wodurch vermehrt Überschwemmungen verschuldet werden, die großen landwirtschaftlichen Schaden anrichten.

Wir fragen die Regierungskommission,ob sie mit den lothringischen Gruben ins Benehmen getreten ist zwecks Bau von Kläranlagen? Der Schlamm müßte in Kläranlagen gesammelt werden. Das Gleiche gilt auch für das Sulzbach,Fischbachtal und andere Bachläufe. Viele arbeitslose Menschen könnten Arbeit finden,wenn diese Projekte in Angriff genommen würden.

(Zurufe : Sehr richtig!)

Meine Dame und meine Herren! Wir fragen die Regierungskommission was sie zur Behebung dieser unhaltbaren Zustände zu tun gedenkt? Und ob sie bereit ist,mit der gewählten Vertretung der Bevölkerung zu verhandeln,daß erhebliche Mittel für Reparaturen an Altwohnungen zu Verfügung gestellt werden,wie das im Reich geschehen ist. Im Saargebiet hat die Regierungskommission nicht in dem notwendigen Maße die Zwangswirtschaft abgebaut. Wenn man sich manche Wohnviertel ansieht,so sieht man,

daß

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

daß es überall nach dringender Reparatur schreit. Wir fragen die Regierungskommission, ob sie hier nicht helfen will? Wir fordern sie auf, sich mit den Vertretern der interessierten Kreise zusammen zu setzen, damit ein Hilfswerk zur Tat werden kann. Neulich hörte ich jemand darüber schimpfen, daß ein Hausbesitzer Geld für Reparaturen in „dieser Zeit" ausgeben könne. Das ist ein vollständig verkehrter Standpunkt, dem auch die Regierungskommission zu huldigen scheint. Wenn Reparaturen in der jetzigen Zeit durchgeführt werden, so ist das Geld hierfür nicht nutzlos ausgegeben. Wenn das Handwerk Aufträge erhält, verdienen auch die Arbeiter und andere Kreise. Wir glauben nicht, daß die Regierungskommission alle eingehenden Mittel benötigt, um nur die gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen zu können. Wir fragen die Regierungskommission, über welche Mittel sie verfügt und wie sie dieselben zu verwenden gedenkt? Wenn es wahr sein sollte, daß die Weltkonjunktur sich einer Besserung zuneigt, dann müßte die Regierungskommission alles tun, um diesen Prozeß beschleunigen zu helfen; denn unsere Lage ist wahrhaftig nicht so, als ob die Bevölkerung des Saargebietes auf Rosen gebettet wäre. Alles schreit geradezu nach Beseitigung der Saarfrage. Wir fordern die Regierungskommission auf, in Genf mit uns die Beseitigung der Saarfrage zu verlangen. Wenn die Regierungskommission gegen sich selbst ehrlich ist, dann muß sie diese Forderung erheben. Daß im Saargebiet kein Raum ist für den Gedanken einer Beibehaltung des jetzigen Zustandes, hat das letzte Wahlergebnis gezeigt. Abgesehen von den Nichtdeutschen und einigen Renegaten hat das Saarvolk sich fast zu 100 % für Deutschland entschieden. Dieser Tatsache soll man Rechnung tragen.

Unsere Wirtschaftslage ist eine sehr böse. Nach Ausweis des Statistischen Amtes sind in der Saarwirtschaft nur noch 119 046 Arbeiter und 17 416 Angestellte in Beschäftigung - zusammen 136 462 Arbeitnehmer. Bei dieser Gelegenheit richten wir die Forderung an die Regierungskommission, in diesen Nachweis die in Kommunal-und Staatsbetrieben beschäftigten Beamten und Angestellten auch aufzunehmen. Wir haben ein Interesse daran, hierüber genaue Zahlen zu erhalten. Wenn man bedenkt, daß im November 1926 noch 183 732 Arbeiter und 18 152 Angestellte zusammen also 201 884 Arbeitnehmer in der Saarwirtschaft beschäftigt waren, so erkennt man die schlimme Lage unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Allein 64 686 Arbeiter, gleich 35,2 %, ohne Angestellte, sind seit 1926 bis Ende September ds.Js. aus der Beschäftigung ausgeschieden. Damals, im November 1926, zählte die Bevölkerung rund 786 000 und heute 820 000 Seelen. Im September ds. Jrs. hatten wir im Saargebiet 40 320 gemeldete Arbeitslose zu verzeichnen, während 28 702 und zwar Saargänger und vorzeitig Pensionierte überhaupt aus der Statistik des Saargebietes verschwunden sind. Das Arbeitsamt registrierte für November 1926 mit Arbeitslosen 205 484 Arbeitsnehmer der Saarwirtschaft und für September 32 nur mehr 176 782 (also die Arbeitslosenzahl ist darin enthalten) woraus Sie erkennen können, daß rund 28 000 "verschwunden sind", obwohl die Bevölkerung um 34 000 gewachsen ist.

Diese Zahlen, meine Dame, meine Herren, reden eine furchtbare Sprache und bei ihrer Beurteilung muß noch beachtet werden, daß die im Jahre 1926 in Arbeit stehenden 201 000 Arbeitnehmer voll beschäftigt waren, während die 136 462, die heute noch zu verzeichnen sind, seit sehr vielen Monaten nicht mehr voll beschäftigt sind. Allein im Saarbergbau hat man bis Ende Oktober auf einzelnen Gruben zwischen 21 bis 87 Feierschichten, im Durchschnitt also 68 Feierschichten eingelegt. In der Hüttenindustrie mußten Kurzarbeit und Krümpersystem in Kauf genommen werden, sodaß man ruhig sagen kann, daß bei voller Beschäftigung

der

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

der Arbeitnehmer nur mehr 90 000 Arbeiter in Frage kämen.Dann hätten wir mit Angestellten noch 107 000 Arbeitnehmer in voller Beschäftigung und rund 70 000 gemeldete Arbeitslose zu verzeichnen.Dadurch nun,daß die noch in Beschäftigung stehenden Arbeitnehmer viele Feierschichten, Krümpersystem und Kurzschichten in Kauf nehmen mußten,verhinderten sie den Abbau von Arbeitskollegen,wodurch sie die Regierungskommission, bezw.die gesetzliche Erwerbslosenfürsorge entlasteten.Trotzdem ist die Regierungskommission dabei,durch Verschärfung der Bestimmungen betr.Erwerbslosenfürsorge die Gemeinden stärker zu belasten,durch schnelleres Abschieben der Erwerbslosen aus der gesetzlichen Erwerbslosenfürsorge,bezw.durch Einführung von Bestimmungen,wonach es den Gemeinden sehr erschwert ist,Ausgesteuerte während 13 Wochen in Beschäftigung zu bringen,damit sie wieder in die gesetzliche Arbeitslosenfürsorge kommen. Ein Beispiel nur: Im April dieses Jahres befanden sich unter 43 787 gemeldeten Arbeitslosen 6 042 Ausgesteuerte und 3 952, die überhaupt keine Unterstützung erhielten.33 793 wurden an diesem Termin aus der gesetzlichen Erwerbslosenfürsorge unterstützt.Am 26.Oktober ds.Js. aber zählten die Arbeitsämter 41 010 gemeldete Arbeitslose;unter diesen befinden sich schon 10 356 Wohlfahrtsunterstützte d.h. Ausgesteuerte und 6 864,die überhaupt keine Unterstützung erhalten,sodaß auf die gesetzliche Erwerbslosenfürsorge jetzt nur noch 23 428 entfallen.

Entfielen im April ds.Js.von der Gesamtarbeitslosenzahl 13,8 %,auf die Ausgesteuertenzahl,so sind im Oktober schon 25,2 % darauf entfallen,entfielen im April auf Ausgesteuerte und Nichtunterstützte 20,3 %,so sind es im Oktober schon 41,9 % und es wird wohl kein Schwindel sein,wenn die Gemeinden betonen,daß die Zahl der Ausgesteuerten und Nichtunterstützten heute schon 50 % der Arbeitslosenzahl betrüge.

Daß diese Entwicklung die Gemeinden,die besonders unter der Arbeitslosigkeit und der vorzeitigen Pensionierung ihrer Bewohner zu leiden haben,finanziell ruinieren müssen, kann niemand mehr abstreiten.Heute ist es doch so,daß sehr viele Bürger Nacherhebungen an Steuern und die neuen Steuererhöhungen überhaupt nicht mehr leisten können,die uns vor einigen Monaten durch die Regierungskommission auferlegt wurden.Man kann auch die hohen Umlagesätze,die unsere Gemeinden erheben müssen,als Beispiel für die trostlose finanzielle Lage der Gemeinden anführen.

Man hat uns heute morgen berichtet,daß die Bergleute, die im Februar entlassen worden sind,jetzt schon ausgesteuert würden,daß sie nicht mehr die volle Wochenzahl an Erwerbslosenunterstützung erhielten.Ich kann nicht sagen,ob das absolut richtig ist,weil ich infolge der Kürze der Zeit keine Nachfrage mehr halten konnte,aber sollte es so sein,dann müssen wir mit aller Entschiedenheit fordern,daß die erwerbslos gewordenen Bergleute genau so wie die übrigen Arbeiter mindestens 39 Wochen aus der gesetzlichen Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden, denn es ist doch wirklich ein Rätsel,wie die Gemeinden,besonders diejenigen,die durch Stillegungen von Gruben betroffen wurden,wie Hostenbach,Schaffhausen,Altenwald, Sulzbach und andere noch die Mittel aufbringen sollen,um die sich täglich vermehrende Zahl der Ausgesteuerten unterhalten zu können.

Meine Dame und meine Herren! Es läge ja nahe,in diesem Zusammenhang nun auch auf die schlimme Lage der Knappschaftskassen einzugehen.Ich beschränke mich aber auf die Feststellung,daß die Lage aller Knappschaften,besonders der Hüttenknappschaften geradezu katastrophal geworden ist. Es ist das ja erklärlich,wenn,wie im Bergbau,die Beschaftigungszahl von rund 75 000 auf rund 45 000 gesunken ist und in der gleichen Zeit die Zahl der von der Knappschaft zu versorgenden Rentenempfänger um 60 % und mehr gestiegen ist,diese Knappschaft in schlimme Bedrängnis geraten mußte. Noch schlimmer

ist

L A Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

ist es bei den Hüttenknappschaften und den Werkspensionskassen z.B.bei den Pensionskassen der Firma Villeroy und Boch,Mettlach,und den anderen Werken dieser Firma.Wir haben hier wiederholt schon Hilfe verlangt und betonen,daß es sich hier um keine Geschenke handelt,weil durch den frühzeitigen Abbau und die frühzeitige Pensionierung diese Institute zu Ungunsten der Versicherten und zu Ungunsten der Regierungskommission belastet wurden.

Ein Wort möchte ich noch reden für unsere

Landwirtschaft.

Der Landwirtschaft werden verbilligte Kredite zur Verfügung gestellt.Wenn man aber nun hört,daß ein Landwirt einen Kredit bekommt,den er innerhalb eines Jahres zurückbezahlen soll,so ist das keine Hilfe.Deshalb verlangen wir eine Verlängerung der Lauffrist der Darlehen,Die Landwirtschaft ist angewiesen auf hochwertigen Kunstdünger aus dem Reich.Der Bezug desselben muß erleichtert werden durch Ermäßigung oder Beseitigung der Zollsätze.Ein weiteres kommt hinzu,daß die lothringische Landwirtschaft eine scharfe Konkurrenz bildet und sei es auch auf unlauteren Wettbewerb eingestellt. Es hat sich herausgestellt, bei einer großen lothringischen Milchgenossenschaft,daß unsere verschiedenen Warnungen berechtigt waren.

Abschließend möchte ich sagen,es dürfte die höchste Zeit sein,daß die Regierungskommission sich ihrer Verantwortung bewußt wird und daß sie Schritte einleitet zur Durchführung von Hilfsmaßnahmen für unsere Wirtschaft und unser Volk.

(Bravo - Rufe)

---

orsitzender: In der Fraktionsführerbesprechung wurde man darin einig, daß man sich mit einer halben Stunde Redezeit je Redner begnügt. Die Kommunisten haben den Antrag auf unbeschränkte Redezeit gestellt.

Ich frage das Haus,wer für den Antrag der Kommunisten ist.Die Kommunisten stimmen für ihren Antrag allein.

Es verbleibt somit bei der halbstündigen Redezeit.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lorenz!

Abg.Lorenz (KP): Meine Dame und meine Herren! Was die heutige Landesratssitzung bringen soll,beweist die Besprechung der Fraktionsführer. In einer halben Stunde soll jeder Redner seine Ausführungen beendet haben.Der Vertreter des Büors hat schon gesagt,um ein Uhr müssen wir fertig sein,sonst brennen die Kartoffeln an. Wir stellen das Gegenteil fest. Wenn alle schlafen würden,dann wäre der Herr Minister Koßmann sehr wach,Maßnahmen gegen Arbeitslose zu ergreifen. Bei den Vorlagen,die heute dem Landesrat vorliegen, müssen wir darauf zurückkommen. Wenn man etwas anderes hier vor einem solchen Forum behauptet, Herr Kiefer, dann hat man bewußt gelogen.

- Glocke des Vorsitzenden -

(Zuruf des Abg.Kiefer (Z): Das verstehen Sie nicht!)

Ich möchte einmal den sehen,der Sie noch versteht. Ich habe in der letzten Landesratssitzung schon gesagt,die Regierungskommission soll einmal sehen,daß diese Vögel mit ihrem Gezwitscher aufhören. Das Betteln um gemeinsame Zusammenarbeit während des Wahlkampfes ist nur ein Manöver gewesen,und Herr Kiefer hat nachgewiesen,daß seine nationale Ehre im Schlamm von Sulzbach liegt.

(Pfui-Rufe !)

Die Regierungskommission müßte eingreifen,und denen, die bisher alle Lasten getragen haben,etwas von dem Profit zu geben,den so manche gehabt haben. Es ist nachgewiesen,daß die Regierungskommission genügend Mittel hat. Man hat der Schwerindustrie im Saargebiet 400 Millionen Goldmark an Zöllen und Steuern geschenkt. Die Verordnungen, die vorliegen,besagen,daß man sich darauf beruft,daß das alles in Deutschland schon seit längerer Zeit in Kraft ist. Die Partei der Nationalsozialisten ist auch nicht mehr mit der Regierung böse.

(Lachen)

Herr Röchling ist in einer Versammlung stiften gegangen, der Kerl.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Lorenz,ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg.Lorenz fortfahrend: In Koblenz hat er groß geredet,wir wollen zurück zum deutschen Vaterland,gleichviel welcher Hausordordnung man sich zu unterwerfen hat.Ich will die Hausordordnung untersuchen.In Friedrichstal kommt es während einer Versammlung zu einer Auseinandersetzung,es wird provoziert. Ein Eisenbahner ist darunter und wird bestraft.Er wird von der Eisenbahndirektion entlassen.

(Zuruf des Abg.Hey (KP): Zentrumspräsident Nicklaus!)

Man hat auch gleich erfahren,daß man den Lohnabbau der Bergarbeiter abwehren muß.Man fuhr nach Paris und erreichte,daß der Lohnabbau nicht durchgeführt wird. Wir stellen aber fest, daß durch die Tarifkündigungen mehr gesenkt wurde als beabsichtigt war.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

(Zuruf des Abg.Kiefer (Z): Das ist nicht wahr!)

Die Bergarbeiter mit der Lohntüte können es beweisen,und Sie (zum Abg.Kiefer gewandt) kommen mit dem lauen Schmus von nationaler Ehre.Das muß man festhalten.Es werden Maßnahmen zur Pflichtarbeit ergriffen und man sagt,die Regierungskommission soll Mittel zur Verfügung stellen.Die Saarbrücker Zeitung bringt hierüber einen Artikel.Wir Kommunisten stellen die Frage, es kommt doch der Jugend und den Familienvätern in erster Linie darauf an,Brot und Arbeit zu finden,um die Familie ernähren zu können. Wenn man in Tholey jetzt durch die Pflichtarbeit die Straßen ausbaut,so hat damit noch kein Familienvater Brot.

Ferner betr.Krankenkassen. In den Krankenkassen soll kein Geld sein.An Arznei sollen nicht mehr als 24 Franken vierteljährlich verabfolgt werden.Nun kann der Arbeiter sehen,wie er fertig wird,wenn er mehr Arznei haben muß.In einer Wahlversammlung hat ein nationalsozialistischer Redner gesagt: Deutscher im Saargebiet,iß deutsches Roggenbrot,wenn Du es nicht verträgst,dann nimm Rizinusöl.

Die steuerliche Belastung hat die Landwirte dazu geführt,daß der Bauer nichts mehr ernten kann, da er keinen Kredit bekommt.Und da sagt man von Hilfsmaßnahmen, von Gewerbesteuern.Wir glauben,daß die Steuern der Regierungskommission, die erhöhten Steuern zu solchen Dingen geführt haben, wie wir sie hier aufzeichnen müssen.Ich glaube, daß,wenn wir auf den Wahlkampf zurückkommen und auf die Bosheiten,die bei diesem Wahlkampf angewandt wurden und wie propagiert und agitiert wurde,wie z.B. Flugblätter, unterschrieben von allen Parteien, von der Sozialdemokratie bis zu der Deutsch-Saarländischen Volkspartei. Da ruft man in diesem Flugblatt auf: Deutscher an der Saar,verteidige deine deutsche Ehre! Und wir sagen,warum hat man bei dem Bergarbeiterkampf den Bergarbeitern nicht gesagt,als man in Massen versuchte,die Bergarbeiter in den Kampf zu hetzen gegen den französischen Staat um die deutsche Gleichberechtigungsforderung.Deutsche Gleichberechtigung fordert,dabei aber deutsche Aufrüstung fordert für die neuen imperialistischen Männer der deutschen Bourgeoisie.Und wir sagen,wenn man die Frage des Kampfes gegen die Regierungskommission stellt, so kann man sehen,wie große Worte gemacht werden,wie man große Töne schwingt,wie man von Hilfsmaßnahmen redet.Aber die Nationalsozialisten haben in der Praxis erwiesen,wie sie ihren Kampf gegen die Regierungskommission führen.In Gersweiler streiken die Notstandsarbeiter gegen die Notverordnung der Regierungskommission und der sozialdemokratische Bürgermeister Pitz und die Nationalsozialisten haben gemeinsam Streikbruch verübt gegen die Notstandsarbeiter.Wir sagen,wenn man sich dann hinstellt und ruft um deutsche Ehre und ruft dem arbeitenden Volk zu,es soll die deutsche Ehre verteidigen im Saargebiet,dann sagen wir als Kommunisten: Arbeiter,kommt hierher und seht,wie man mit der deutschen Ehre Kuhhandel treibt.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Lorenz,Sie beleidigen mit solchen Worten die übrigen Mitglieder des Hauses.Ich warne Sie zum letzten Mal; das nächste Mal werde ich Ihnen das Wort entziehen.

Abg.Lorenz fortfahrend: Das ist es nicht allein,was heute hier zur Anwendung gebracht wird.Wenn wir gesagt haben,wir fordern das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen,was schreibt die Landeszeitung am Montag oder Dienstag nach der Wahl ?

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Sie schreibt: Da die negativen Kommunalpolitiker - damit sind wir gemeint - sehr stark geworden sind im Saargebiet, verlangen wir, daß sie in die Ausschüsse gewählt werden." Wir als Kommunisten sagen, wenn das Zentrum eine solche Forderung im Saargebiet erhebt, hat das Zentrum bewiesen, daß es als führende Partei der deutschen Bourgeoisie die Schrittmacherin im Saargebiet ist für die faschistischen Methoden der Regierungskommission in den Kommunen, und als erste und führende Partei bereit ist, daß im Saargebiet die Kommunalverwaltung vollständig beseitigt wird, auch der letzte Rest der Selbstverwaltung der Kommunen.

Wir sind der Meinung, daß, wenn man von der Wirtschaftslage spricht in Deutschland in der Landeszeitung oder der Neunkircher Volkszeitung, dann sollen Sie, Herr Kiefer, wissen, daß trotz Ankurbelung 50 000 Arbeitslose in Deutschland mehr sind als vor dem Wirtschaftsprogramm von Papen. Und wir sagen: Diese Wirtschaftsankurbelung, der Herr Röchling kann uns sagen, wie diese Wirtschaftsankurbelung aussieht und zwar in der Erhöhung der Gewinne. Was hat das Proletariat in Deutschland davon ? Da sagen wir, wenn wir die Verordnung der Regierungskommission betrachten, worin sie sich beruft auf gleichlautende und ähnliche Verordnungen und Notverordnungen in Deutschland Wir sind außerdem der Auffassung, daß, wenn man während des Wahlkampfes gerufen hat: Kampf dem Saarbund, und man hat uns einmal in einer Kommissionssitzung von Seiten des Herrn Röchling gesagt: Ihr Herren Kommunisten, passen Sie auf, daß Sie nicht allzu nahe an Frankreich herankommen. Geben Sie sich keine Mühe. Ich erkläre hier vor aller Öffentlichkeit: Die deutsche Ehre, die nationale Ehre der Saararbeiterschaft besteht darin, den Kampf zu führen um die soziale und nationale Befreiung auf der Grundlage unseres Programms. Und wenn man den Kampf gegen den Saarbund führt, und wie man ihn führt, in Schiffweiler stehen auf der ersten Liste zwei Saarbündler. Das sind die Kämpfer gegen den Saarbund. Wer im Saargebiet der größte Idiot ist, dürfte wohl darin bewiesen sein, daß man heute etwas schreibt, was man morgen selbst widerrufen muß in seinen eigenen Versammlungen, Ich sage, wenn sich das Zentrum auch als den Stürmer gegen den Saarbund aufwirft, dann glaube ich, ist es selbstverständlich, daß man darauf aufmerksam machen muß, daß die Grubenbeamten in Sulzbach, wo der Saarbund einen Sitz bekommen hat, wenn man am Sonntag Morgen durch die Bahnhofstraße in Sulzbach gegangen ist, hat man gesehen, wie die Leute sind. Und dort hat das Zentrum die meisten Stimmen bekommen. Und dann sagen wir, solche Leute werfen sich auf als Vertreter und Verteidiger des Kampfes gegen den Saarbund und für die nationale Befreiung. Aber sie nicht allein, auch die Regierungskommission hat noch eingegriffen in der Meinung, daß auch sie zu letzter Stunde noch etwas machen muß, um die aufsteigende kommunistische Welle im Saargebiet aufzuhalten, sie in den Wahlkampf eingegriffen hat, die SS . und SA . . verboten hat. Wir sagen, acht Tage zuvor in Saarlouis, in Gersweiler, in Neunkirchen Streikbruch verübt im Interesse der Regierungskommission. Wenn dann die Regierungskommission die SS und SA verbietet, dann unter dem Gesichtspunkt, um eine Handhabe zu haben zu stärkeren Maßnahmen gegen die revolutionären Massen im Saargebiet. Wir können das ganz leicht beweisen. In Merzig beschlagnahmten fünf Landjäger kommunistische Flugblätter mit der Begründung: Der Klassenkampf darf auch während der Wahl nicht auf der Straße geführt werden. In Itzbach sind 30 Arbeiter in einer Versammlung verhaftet worden. Und wenn ein Arbeiter sich auf der Straße zeigt, der ein schwarzes Hemd an hat und einen roten Schlips, so ist das die Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

Saargebiet. Wir sind der Auffassung,wenn man solche Geschichten macht,dann sieht man,wo das Ziel der Regierungskommission hingeht.Man kann nicht sagen,die Regierungskommission schläft.Eine solche Behauptung aufzustellen,geschieht nur,um die Arbeiter im Saargebiet in ihrer Wachsamkeit gegen die Maßnahmen der Regierungskommission einzulullen.Wir sind der Auffassung,man solle nicht sagen,die Regierungskommission schläft,man soll sagen,die Maßnahmen der Regierungskommission bestätigen,was die Kommunisten immer sagen.In einer solchen schwierigen Situation in einer solchen Tiefe der Weltwirtschaftskrise werden die Maßnahmen der Regierungen in den kapitalistischen Ländern und auch im Saargebiet sich in immer stärkerem Maße auswirken gegen das Proletariat.Und man soll sich der Mühe unterziehen und sagen,wie man den Kampf um die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Erwerbstätigen führen soll.Wir haben während des Wahlkampfes nicht gesagt,wie die Sozialdemokratie,gebt uns die Macht am 13.November.Wir haben auch nicht gesagt: Arbeiter verteidigt die Heiligkeit der Religion.Wir haben folgendes gesagt: Arbeiter kämpft um den Arbeitsbeschaffungsplan der Kommunisten.Und was fordern wir darin ? Wir fordern siebenstündige Arbeitszeit und Bezahlung des Tariflohns.Wir haben gefordert, daß alle Arbeitslosen in den Produktionsprozeß kommen,um zu gleicher Zeit damit zu sagen: Arbeiter,denkt einmal darüber nach,wer stiehlt Euch denn Euer tägliches Brot ? Und da kann der Arbeiter wieder prüfen,ob es im Betrieb oder an der Stempelstelle ist,ob der Herr Röchling in Völklingen oder die Regierungskommission oder der Arbeitsminister Koßmann es sind. Alle ihre Maßnahmen gehen nur darauf hinaus,dem Arbeiter im Betrieb,dem Arbeiter an der Stempelstelle,den Kriegsbeschädigten, den Sozialrentnern,den Pensionären auch das letzte zu nehmen, was unbedingt zum Leben gebraucht wird.Man sagt jetzt,man habe sich am 13.November für Deutschland ausgesprochen.Wir sagen, Herr Kiefer macht es genau so wie Matz Braun.Heute schreibt er in seiner Zeitung: Die kommunistische Welle ist zum Stillstand gekommen,morgen muß er das Gegenteil berichten.Heute schreibt er vom Vormarsch,morgen vom Untergang.Und was ist das Richtige ? Ein solcher Vertreter,der wagt es noch,sich Arbeitervertreter zu nennen.Wenn er 84 000 Wähler als Rosenkranzkommunisten bezeichnet,dann muß er nach Völklingen gehen,nach Dillingen und Diefflen,wo er über die Hühnerleiter vor den Arbeitern stiften gehen mußte,um zu sehen,was die Saararbeiter für eine solche Politik noch übrig haben.

Wenn man hier den Wahlkampf einer Betrachtung unterzieht,dann kann man feststellen,daß im Vordergrund unseres Kampfes gestanden hat die Frage um Arbeit und Brot und bei den anderen Parteien der Kampf gegen die Sowjet-Union. Man hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben,nachzuweisen,daß in der Sowjet-Union der Arbeiter nicht so gut dran wäre wie der deutsche Arbeiter.Ein Redner hat erklärt,daß,wenn wir in Deutschland dieselben Zustände bekämen wie in Rußland,wir unsere Talente nicht entwickeln könnten.Ich sage,natürlich, die Talente des Arbeiterverrats,die kann man in Rußland nicht entwicklen. In Rußland heißt Talente entwickeln dem Arbeiter und Bauern Macht in die Hände geben,und ihnen Werte zufließen zu lassen.Die Talente kann man natürlich nicht an die vergeben,die nur gewohnt sind,die Rothschild-Bourgeoisie zu unterstützen.

Herr Kiefer hat in seinem Referat gesagt: Ob es wahr ist,daß die Wirtschaftskrise zu Ende ist - er traut sich selber schon nicht mehr. Wir als Kommunisten müssen die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

Frage so stellen: Wenn man heute von dem Ende der Wirtschaftskrise redet,so ist das ein direkter offener Betrug der Arbeiterklasse.

(Zuruf des Abg.Kiefer (Z): Das hat kein Mensch gesagt!)

Wir sind der Auffassung,daß man heute dem Arbeiter sagen muß: Nicht nur nicht ist die Wirtschaftskrise zu Ende, sondern sie verschärft sich noch immer weiter und die Maßnahme der Bourgeoisie,um mit Gewalt einen Ausweg aus dieser Krise zu finden.Und jetzt ist ganz besonders die Frage akut,vermittels eines Krieges einen Ausweg aus der Krise zu finden. Wir sehen, daß in Frankreich 345 Millionen Franken in den Festungsbau hineingesteckt werden und da muß ich noch den Abgeordneten Kiefer fragen,ob er wirklich noch den Kampf führen will gegen den französischen Imperialismus. Aber die 345 Millionen sind festgefroren und damit gibt man sich ja zufrieden und hat in der letzten Landesratssitzung noch gesagt: Wir sind bereit,alle Mittel zu bewilligen,die die Regierungskommission braucht.

Die Kommunisten stehen auf dem Standpunkt,wenn es um die Frage geht,einen Krieg zu organisieren,dann aber arm gegen reich, die proletarische Klasse gegen die Bourgeoisie.Und wenn es darum geht,die Frage der nationalen Ehre zu klären,und wenn man uns fragen sollte,ob wir eine nationale Ehre hätten,so antworten wir mit "jawohl". Es ist aber keine nationale Ehre um den Profit, sondern die nationale Ehre an der Spitze der Arbeiterschaft zu stehen und nicht in Hurrapatriotismus zu machen.Es gibt nämlich einige,die behaupten von sich,daß es Leute geben soll,die sich hinter dem Kaiserbild versteckt haben,denn die haben vier Jahre hinter dem Kaiser gestanden.Diese sind heute noch vielleicht geneigt,einer Monarchie zuzustimmen,und sie werden dann die stärksten Träger sein.Wir sagen folgendes:

(unverständlicher Zuruf des Abg.Lieser (SP)!)

(Zu Lieser) Du kommst ins große Hauptquartier als Clown,damit der Kaiser etwas zu lachen hat.

Wenn die Frage der Einheitsfront noch einmal gestellt werden sollte,so sage ich heute schon im Auftrage meiner Partei, daß wir eine Einheitsfront erstreben aber mit dem Arbeiter im Betrieb,mit dem Arbeiter an der Stempelstelle,aber keine Einheitsfront mit denen,die da glauben,Politik zu machen mit dem Proletariat,was alles Lug und Trug ist.Wir werden keine Einheitsfront bilden mit dem drei Männerkollegium,das in Gersweiler mit den Nationalsozialisten Streikbruch verübt hat.Wir werden keine Einheitsfront bilden mit denjenigen,die jetzt unter Berufung auf Deutschland die Kriegsbeschädigtenrenten gekürzt haben,sondern mit denjenigen,die die Renten gekürzt bekommen und die nur noch für 24 Franken Arznei bewilligt bekommen. Wir werden eine Einheitsfront bilden mit denjenigen Bauern,denen man die Kartoffeln beschlagnahmt hat.

Wir fordern heute noch einmal die sofortige Einstellung und Zurückziehung der Notverordnung.Wir verlangen weiter,daß die Kommunen angewiesen werden,daß die Durchführung der Notverordnung sofort eingestellt wird.Außerdem verlangen wir,daß die Löhne im Bergbau und in der Industrie auf die Höhe gebracht werden,auf der sie vor der ersten Lohnabbaumaßnahme 1931 standen.Wir verlangen weiter,daß die beschlagnahmten Kartoffeln dem Kleinbauer gegeben werden.Ich glaube,wir gehen nicht zu weit,wenn wir von der Regierungskommission fordern,daß den Erwerbslosen Kohlen zur Verfügung gestellt werden,zumal doch Mittel vorhanden sind. Wir verlangen,

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

verlangen einen Abbau der Gehälter derjenigen, die mehr als 2500.-Franken verdienen. Daraus ergeben sich hunderte von Millionen im Saargebiet, woraus die Möglichkeit entsteht, dem Bauer seine Kartoffeln zu lassen, dem Mittelständler seine Steuern zu ermäßigen, damit er arbeiten kann. Wir verlangen weiter, daß die Maßregelungen auf der Eisenbahn sofort rückgängig gemacht werden und daß eine Verordnung erlassen wird, um das Leben und die Gesundheit der Eisenbahnarbeiter zu gewährleisten.

Wir verlangen die Wiederherstellung der Gehaltssätze für Beamte und Angestellte, nicht für die höheren Beamten und nicht für die sogenannten Péculebeamten.

Wir fordern außerdem, sofortige Einstellung der Pflichtarbeit. Man erklärt, wir sind nicht wie Dobisch gegen die Arbeitsdienstpflicht, sondern gegen deren moralischen Charakter. Die Saarbrücker Zeitung sagt das ja-

- Glocke des Vorsitzenden -

rsitzender: Herr Abgeordneter Lorenz, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie die Redezeit um 5 Minuten schon überschritten haben.

g. Lorenz fortfahrend: Wir sind gegen die Arbeitsdienstpflicht überhaupt. Wir wollen Beschäftigung für alle Arbeitslosen haben, sieben Stunden Arbeitszeit für Erwachsene und sechs Stunden für Jugendliche. Beim Straßenbau in Tholey werden den Arbeitern 8.- Franken gewährt, und in einem anderen Orte im Saargebiet wurden den Arbeitern 95 Cts. pro Tag angeboten. Wir sagen, Arbeitsbeschaffung in erster Linie, aber auch zugleich Verdienst für die Ernährer von Familien. Wir fordern, daß Schluß mit diesen Zuständen gemacht wird. Wir rufen die Arbeiterschaft auf, den Versailler Vertrag null und nichtig zu machen, nicht in der Hoffnung, daß dies die Papen-Regierung tun könne, sondern daß dies nur durch die proletarische Revolution geschehen kann. Alle Maßnahmen, die darauf hinauslaufen, die Rechte der Kommunen einzuschränken, müssen aufgehoben werden. Positiv sind nur wir in der Kommunistischen Partei Proleten, negativ sind alle anderen Richtungen von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten. Wir wollen dagegen die Massen mobilisieren zum Sieg der proletarischen Revolution.

(Bravorufe und Händeklatschen der Kommunisten).

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

bg.Petri (SP): Meine Dame und meine Herren! Die Analyse der Wirtschaftslage ist dadurch herausgestellt, indem wir 41 000.- Erwerbslose im Saargebiet haben.Von diesen 41 000 sind 65 % Bergarbeiter, die in den letzten zwei Jahren abgebaut worden sind.Was ist getan worden seit der letzten Landesratssitzung,wo wir wiederholt unsere Stimme erhoben haben der Regierungskommission gegenüber,um die Wirtschaftsgestaltung, die Wirtschaftsregulierung zu beeinflussen.Da müssen wir feststellen,daß unsere Vorschläge von der Regierung keine große Beachtung oder überhaupt keine Beachtung gefunden haben. Die Vorschläge,die wir gemacht haben,besonders auf sozialem Gebiete,auch bezüglich der Arbeitsbeschaffung,um die große Zahl der Erwerbslosen zu vermindern und um das Ansteigen der Zahl aufzuhalten,sind nicht beachtet worden.Im Gegenteil,man hat die Dinge treiben lassen.Man hat durch die Verwaltungsmaßnahmen der Regierungskommission die Zustände so verschlimmert,daß die Verzweifelungskurve in der Bevölkerung ja bei den letzten Wahlen sehr deutlich zum Ausdruck gekommen ist.Und wenn der kommunistische Redner siegesbewußt sich heute in die Brust werfen kann,daß es ein großes Verdienst ist der Kommunistischen Partei dieses Mehr an Stimmen,die sich für ihre Anhängerschaft herausgebildet hat,so müssen wir es auf der anderen Seite als eine Fieberkurve bezeichnen,die mit der kranken Wirtschaft in einem sehr engen Konnex steht. Sobald das Fieber der kranken Wirtschaft wieder auf den normalen Stand zurückgeführt ist, wird auch die Fieberkurve inder kommunistischen Bewegung wieder auf den früheren Stand gelangen.Daß die Wirtschaft krank ist,gebt Ihr selber zu, daß die Ereignisse in der heutigen Wirtschaft zu solchen Erscheinungen führen müssen,das zeigen die Tatsachen.

Wir haben der Regierung den Vorwurf zu machen,daß sie sehr stark dazu beigetragen hat,daß diese durch die erkrankte Wirtschaft sich herausbildende Schlußfolgerungen nicht behoben werden,nicht gemildert werden,indem sie die Erwerbslosenbezüge ab 1.April dieses Jahres gekürzt hat,indem sie die Hilfe für die Erwerbslosenfamilien,für die Winterversorgung usw.versagt hat, obwohl wir es dringend gefordert haben,in dem sie den Bergarbeitern,den entlassenen Bergarbeitern die erhöhte Erwerbslosenunterstützung und den Bergarbeitern,die in Kurzarbeit stehen,trotzdem sie 8 und 9 Feierschichten im Monat machen mußten,die Kurzarbeiterunterstützung versagten.

(Zuruf der Kommunisten: Ohne Sie wäre es nicht geworden!)

Diese Verhältnisse haben natürlich zu dieser Mißstimmung in der Bevölkerung sehr stark beigetragen.

Herr Lorenz hat in seinen Ausführungen es nicht daran fehlen lassen,Kritik zu üben,Kritik zu üben auch daran, daß die Bergarbeiterbewegung, die Lohnbewegung nicht nach ihrem Geschmack war.Er sagt,trotzdem Paris angelaufen wurde und Paris zugesagt hat,daß die damaligen Löhne noch bestehen bleiben, seien die Löhne im Saarbergbau gekürzt worden,ja noch mehr gekürzt werden als das Lohndiktat vorgesehen habe. Es ist mir als Vertreter der Bergarbeiter bis jetzt nichts davon bekannt geworden, daß die festgesetzten Tariflöhne nicht ausgezahlt worden seien.

Schon

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

Schon vor der Tarifkündigung sind Löhne unter dem Mindestlohn ausbezahlt worden und wo wir dagegen nach dem Tarif-Ausschuß-Bestimmungen Beschwerde erhoben haben, haben wir zu 90 % diese Ungerechtigkeiten abwehren können.

Er sagt weiter, daß in Paris die Arbeiterklasse erneut wieder verraten worden sei. Dazu möchte ich den Herren Kommunisten etwas sagen: Die Bergarbeiterbewegung, die Tariforganisationen können so machen oder so, immer weiß die kommunistische Bewegung etwas dagegen zu unternehmen. Wenn wir nicht streiken wollten um die Lohnbewegung, d.h. den Lohnabbau abzuwehren, dann hätten wir Verrat geübt. Hätten wir streiken wollen, dann hätten wir uns von den deutschen Inspiratoren leiten lassen, wie das im Jahre 1923 auch herausgestellt worden ist, dann hätte man von den Tariforganisationen gesagt, daß sie auf Befehl Deutschlands gehandelt hätten, wie es ja Herr Lorenz vorhin gesagt hat, um die Gleichberechtigungsforderungen zur Geltung zu bringen. So oder so, wir können machen, wie wir wollen, die Kommunisten wissen immer eine Begründung für ihre Stellungnahme und doch bin ich davon überzeugt, daß wir in den Streik gezwungen worden wären durch eine unnachgiebige Haltung von Paris, dann wäre das den Herren Kommunisten sehr unangenehm gewesen.

(Widerspruch bei den Kommunisten!)

Das haben uns viele Einzelheiten bewiesen.

(Zuruf eines Kommunisten: Das hat Bertramsschacht in Schiffweiler bewiesen!)

Ich habe das ja vom Bertramsschacht schon mehrmals richtiggestellt.

(Zuruf eines Kommunisten: Ich habe Dich selbst gesehen!)

Ich habe nicht mehr getan, als die Aufgabe der Tariforganisationen erfüllt, die tariftreu bleiben, tariftreu sind und die sich nicht jedem wilden Putsch anschließen können. Ein beschlossener Streik, von unseren Delegierten ist ausschlaggebend, aber nicht von einem Kommunisten in Scene gesetzter Putsch. Das wird auch in Zukunft so bleiben und sein müssen. Eine Organisation, die tariffähig sein will, muß auch tariftreu sein können, sonst hat sie im Wirtschaftsleben keine Bedeutung.

(Widerspruch bei den Kommunisten und Zuruf: Das ist eine bewußte Lüge!)

- Glocke des Vorsitzenden -

Die sozialen Kürzungen wurden herangezogen auch im Saargebiet. Ich brauche wohl nicht zu sagen, daß der Standpunkt unserer Fraktion in der Vergangenheit immer wieder der war, die sozialen Kürzungen abzuwehren, daß wir immer und alles versucht haben, diese Verschlechterungen abzuwehren. Aber, meine Herrschaften von den Kommunisten, etwas möchte ich Ihnen auch dazu sagen. Die sozialen Kürzungen im Saargebiet sind das Spiegelbild von Deutschland, von der deutschen Reaktion.

(Zuruf aus der komm. Fraktion: Wer Hindenburg wählt!)

Daß der Wohlfahrtsstaat abgebaut werden konnte, das ist einzig und allein durch die kommunistische Bewegung möglich

<u>geworden.</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4

geworden.

(Widerspruch aus der Komm.Fraktion und Zurufe: Brüning tolerieren!)

Vorhin hat Herr Lorenz ausdrücklich gesagt, sie sind nicht für positive Arbeit.

(Zuruf des Abg. Lorenz (KP): Im Sinne der kapialistischen Ausbeutungsverhältnisse.)

Was bis jetzt Eure Arbeit war in der Deutschen Republik war negativ.Hättet Ihr positiv gearbeitet,dann könnte es Herrn von Papen nicht möglich sein,

(Zurufe aus der Komm.Fraktion: Dann hätten wir Verrat geübt wie wir!)

den Wohlfahrtsetat abzubauen.

(Zurufe aus der Komm.Fraktion: Positiv für Hindenburg, positiv für Brüning!)

- Glocke des Vorsitzenden -

Herr Abgeordneter Hey,ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam.

(Zuruf aus der Komm.Fraktion: Der Herr Präsident liebt diese Zwischenrufe nicht.)

- Unruhe im Hause -

(Zuruf des Abg.Hey (KP): Du hast vergessen Dein Bier zu bezahlen!)

- Glocke des Vorsitzenden -

rsitzender: Herr Abgeordneter Hey, ich rufe Sie zur Ordnung!

edner fortfahrend: Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.

(Zurufe: Sehr richtig !)

(Zuruf des Abg.Hey(KP): Wenn Dummheit töten würde, dann hätten Dich schon längst die Würmer gefressen!)

g.Petri (SP) zu den Kommunisten: Die Kommunisten können eins: Gemeinheiten und Frechheiten.Sachlich in die Darlegungen und Methoden einzugehen,das haltet Ihr nicht für notwendig.Daß in Deutschland sozialistischer Aufbau getrieben worden ist, kann niemand leugnen und hätten wir in Deutschland wieder ein sozialistisches Fundament,dann könnten derartige Verordnungen wie sie jetzt herausgekommen sind,nicht ergehen.

(Zurufe der Kommunisten)

Ich habe wiederholt schon gesagt,daß wir niemals über Rußland abfällig reden.

(Zuruf der Kommunisten: Matz Braun hat es aber getan!)

Aber die Dinge in Deutschland zu verkleinern und die kleinen Dinge in Rußland immer wieder in Deutschland herauszustellen, da werden wir auch noch ein Wort mitreden.Die deutschen Arbeiter,die sich verleiten ließen nach

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 44 A4

Rußland zu gehen,um dort Arbeit aufzunehmen,die sind zurückgekehrt mit großen Enttäuschungen.

(Zuruf des Abg. Lorenz(KP): Eine Million sind dort!)

16 Bergarbeiter des Ruhrgebietes sind zurückgekehrt mit der großen Enttäuschung und sagen: lieber in Deutschland arbeitslos sein als in Rußland arbeiten.

(Widerspruch bei den Kommunisten!)

(Unverständliche Zwischenrufe des Abg.Frisch(KP)!)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender Scheuer: Herr Abg.Frisch,ich rufe Sie zur Ordnung!

(Zuruf des Abg.Frisch(KP): Nur nicht so stürmisch!)

(Zuruf des Abg.Hey(KP): Haben Sie den Abg.Kiefer zur Ordnung gerufen ?)

Abg.Petri zu Präsident Scheuer: Ich kriege die Unterbrechungen doch auf meine Redezeit angerechnet ?

Vorsitzender: Ja !

(Zuruf des Abg.Hey(KP): Sicher,Du hast unbeschränkte Redezeit!)

(unverständliche Zurufe des Abg.Lorenz (KP).

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Lorenz,ich rufe Sie auch zur Ordnung.

Abg. Petri (SP) fortfahrend: Ich will den Herren Kommunisten nur noch eins sagen.

(Rufe der Kommunisten)

Vorsitzender: Das geht aber doch nicht,daß versucht wird,den Redner nicht zu Wort kommen zu lassen.
(Zu den Kommunisten gewandet): Die Störungen erfolgen lediglich aus Ihrer Fraktion.

Abg.Petri (SP) fortfahrend: Es ist ja eine Tragik,daß in sdchen Fragen Kommunisten und wir in Gegensätze treten müssen. Wünschenswert wäre ja,wenn wir hier zusammengehen könnten. Aber die Einheitsfront ist nicht möglich nach den Ausführungen des Herrn Lorenz. Und deshalb muß man die Gegensätze alle wegräumen.

(Zuruf des Abg.Lorenz (KP): Wollen Sie noch zum Arzt werden an dem jetzigen System ?)

Abg.Petri (SP) fortfahrend: Das wäre sehr notwendig.Ich will den Kommunisten nur noch eine Frage vorlegen als geschichtliche Tatsache.Die Vorgänge in der deutschen Republik,die zursozialen Reaktion geführt haben,begannen mit der Reichspräsidentenwahl Hindenburgs. (Zu den Kommunisten gewendet): Da habt Ihr die soziale Front schon gebrochen.Sie begannen weiter mit der Koalitionsbildung um die deutsche Verfassung zu halten.Sie begannen weiter bei den Vorgängen im preußischen Landtag,wo Ihr Euch immer separat gehalten hat.Ihr habt immer geschrieben: Braun, Severing müssen verschwinden und am 20. Juli.

(Zwischenruf

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

293

(Zwischenruf aus der Komm.Partei: Sind Sie der Gewalt gewichen!)

habt Ihr sogar den Wunsch geäußert, die große Aktion in Deutschland einzuleiten und Braun und Severing wieder in ihr Amt zurückzuführen.Paradox in Euer Logik.Herr Lorent hat weiter gesagt,in Schiffweiler sei ein Saarbündler auf der Wahlliste gestanden.Uns ist das von der Fraktion hier unbekannt. Herr Lorenz scheint besser unterrichtet zu sein über unsere internen Angelegenheiten,wie wir.Uns ist nichts davon bekannt, daß ein Saarbündler in Schiffweiler auf der Liste ist. Bitte Herr Lorenz,können Sie den Namen nennen.Aber wenn ich darauf eingehen möchte von wegn Saarbündler Verdächtigen,dann könnte man eine Revue passieren lassen.

(Zuruf: Siehe Kramer contra Becker !)

Herr Lorenz hat weiter gesagt,daß der Herr Dobisch von dem A.D.G.B. eingetreten sei für die Arbeitsdienstpflicht.Herr Dobisch kann nur das tun,was die freien Gewerkschaften in dieser Beziehung festgelegt haben.Lesen Sie die Richtlinien, die der A.D.G.B. aufgestellt hat zur Arbeitsdienstpflicht, etwas anderes kenne ich nicht.

Meine Dame und meine Herren! Genug von diesem häßlichen Spiel.Ich wurde nur gezwungen,die Haltung unserer Fraktion und die Stellung unserer Fraktion zu verteidigen, und ich werde sie auch für die Zukunft verteidigen,selbst wenn die Fieber noch höher steigen sollten.Zur Vernunft wird das Volk im Saargebiet einstmals zurückkehren,wenn es einsieht,daß,je stärker sein Fieber wird,je näher die Reaktion in Erscheinung tritt,desto stärker ist die Gegenwirkung.

Noch ein Wort zur Regierung selber. Wir richten heute nochmals in dieser Stunde den Appell an Sie,sich Ihrer Pflicht bewußt zu sein.Ein Winterhilfeprogramm ist dringend notwendig. Unsere Erwerbslosenfamilien haben nichts eingekellert,sie haben keine Kartoffeln,keine Kohlen,keine Wintervorräte.Den Gemeinden ist es verboten,etwas zu geben.Die Gemeinden sind alle zu schwach,etwas leisten zu können.Und im Saargebiet lagern 500 000 Tonnen Kohle auf den Halden,die vermodern.Wie gut wäre es,den notleidenden Familien,die kein Feuer machen können,weil sie keine Kohlen haben,keine warme Stube haben, etwas zu tun mit diesen vorhandenen Mitteln.Weitere Naturalien-Holz ist in den Wäldern.Kartoffeln müssen ebenfalls beschafft werden.Die Erwerbslosen können von den Gemeinden keine Kartoffeln erhalten.Sie haben die Hoffnung gemacht bekommen,daß die Regierung etwas tun würde. Bis heute wartet man darauf.Die Kartoffelbelieferung ist bereits abgeschlossen für die andern,die betreut werden,und kein Mensch rührt sich, etwas für die Erwerbslosenfamilien zu tun. Das Nothilfeprogramm soll sich erstrecken auch auf die anderen notleidenden Familien.Deckung dafür ist auch im Saargebiet noch möglich, indem man den besitzenden Klassen,die bisher von dieser Not verschont geblieben sind,etwas stärkere Lasten auferlegt. Unter den besitzenden Klassen verstehe ich auch die hohen Einkommen,die ebenfalls von der Not verschont geblieben sind.

In diesem Sinne,daß die Regierung etwas tut,und daß wirklich die Rufe,die Anträge,die Worte der Bevölkerungsvertreter gehört werden,das soll mein Schlußwort sein.

(Bravo - Rufe der Sozialdemokraten!)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Brück !

Abg.Brück (NSDAP): Meine Dame und Herren! Wenn die maßgebenden Leute der Regierungskommission sich ihrer Pflicht bewußt wären,dann würden sie einmal unter das Volk gehen und würden dort erkennen,was los ist,sie würden erkennen,wie übergroß die Not geworden ist. Und wenn sie dann ein Herz in der Brust hätten, würden sie vielleicht dafür sorgen,daß einmal andere Dinge geschehen,wie sie in den letzten Tagen geschehen sind.Dann würden sie vielleicht an Frankreich herantreten und würden den französischen Arbeitgeber mahnen,daß er sich seiner moralischen Pflicht bewußt wird und Absatz für die Saarkohlen schafft. Es könnten dann tausende und abertausende Arbeiter Brot finden,und die Regierungskommission käme nicht auf Dinge wie z.B. keine Einreise zu genehmigen für deutsche Volksgenossen,die doch mindestens das gleiche Recht hier haben wie ein Uralkosakenchor. Aber jede Jazzkapelle kann herkommen, kann tun und lassen,was sie will.Dann käme die Regierungskommission weiter nicht dazu,uns ein Konzert zu verbieten und die darauffolgende Versammlung auseinander knüppeln zu lassen.

Meine Dame und Herren! Wir stehen auf dem Standpunkt,daß unsere Volksgenossen aus dem Reich dasselbe Recht haben wie jeder Fremdländer im Saargebiet. Wir fordern daher die Einreisefreiheit für alle deutschen Volksgenossen.Dann käme die Regierungskommission nicht dazu,Haussuchungen anzustellen bei den Nationalsozialisten ohne jeden Grund. Wir fordern heute von der Regierungskommission,daß sie uns den Nachweis erbringt,warum Haussuchungen stattfanden,was ein Verstoß gegen die §§ 351 und 123 des Strafgesetzbuches darstellt. Wenn sie sagt,daß sie die Ruhe und Ordnung im Saargebiet bewahren will,dann sagen wir,die Ruhe und Ordnung wird besser gewahrt,wenn sie dafür sorgt,daß Arbeit beschafft und die Not gelindert wird.

Meine Dame und Herren! Wenn vorhin gesagt wurde,daß die Mittel bereit gestellt werden müßten, um Arbeit zu beschaffen,dann fragen wir die Regierungskommission,ist es wahr, daß einige hundert Millionen Franken an französische Banken gegeben und daß große Summen an eine hiesige Bank,auf die französische Internationale Centralkasse eingezahlt wurden? Ist es wahr,daß diese Bank geleitet wird von einem Manne namens Hey,der vor dem Kriege Koch war.Ist es wahr,daß er auf die Frage,wo er die 400 000 Franken,die vom Verein der Elsaß-Lothringer gesammelt wurden,hingeschafft habe,noch keine Antwort gegeben hat ?

Ist es wahr,daß diese Gelder dort eingefroeren sind? Ist es wahr,daß Finanzminister Morize beabsichtigt,dieser Bank weiter Geld zufließen zu lassen,trotzdem die Millionen festgefroren sind und auch kaum eine Möglichkeit besteht, daß diese Millionen frei werden. Wir fragen den Herrn Minister Morize,ob er Albo-Aktien gekauft hat und zwar auf Rechnung des Pensionsfonds? Man munkelt,daß keine Pensionierungen mehr vorgenommen werden sollen. Wir fragen weiter,ob Herr Minister Morize derjenige war,der mit einem Herrn der Bergwerksdirektion die Saarbundsliste aufgestellt hat.

Wenn das alles wahr ist,dann verstehen wir,warum kein Geld für Unterstützungen vorhanden ist und warum die Saarregierung gegen unsere SA und SS vorgeht.Wir erheben schärfsten Protest gegen die Maßnahmen der Regierungskommission Die Regierungskommission bezieht sich in ihrem Verbot auf die Verordnung vom 18.9.1929,worin es heißt:

Ich fordere von der Regierungskommission,daß die den Nachweis liefert,daß wir militärische Veranstaltungen gehabt haben und daß wir in Kriegswaffen haben üben oder ausbilden lassen.

Zuruf

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 44
A4

(Zuruf des Abg.Hey (KP): Betrachtet Euch die Zahl der Arbeiter,die ihr ermordet habt.)

Sie (zu den Kommunisten) sind diejenigen,die das tun und verhindern wollen,daß die andern zum Wort kommen,um die Wahrheit zu sagen.Ich stelle fest,daß ihr mit der Maßnahme der Regierungskommission einverstanden seid.

- Glocke des Vorsitzenden -

Ich möchte mich in den Streik der feindlichen Brüder nicht einmischen,sondern wir fordern von der Regierungskommission, daß,wenn sie sich gewachsen fühlt,die Notlage im Saargebiet zu beseitigen,sofort in Rückgliederungsverhandlungen eintritt, weil wir nur darin einen Erfolg sehen können,und daß eines Tages auch das Schicksal unseres Volkes besser gestaltet werden kann.Von diesem Standpunkt aus werden wir unsere Politik im Saargebiet weiter fortsetzen und erheben erneut schärfsten Protest gegen die Maßnahmen der Regierungskommission.

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

bg.Schmelzer (DSV): Meine Dame und meine Herren! Der kommunistische Redner ist für den Mittelstand eingetreten.

(Zuruf des Abg.Hey(KP): Das haben wir immer gemacht, bloß Ihr nicht!)

Das wäre erfreulich,wenn es ehrlich gemeint wäre.In Rußland gibt es keine Existenzberechtigung.Ich will diese Unehrlichkeit herausstellen.

Herr Kiefer hat sich dafür eingesetzt,und ich danke Herrn Kiefer dafür,daß er sich für diesen notleidenden Berufsstand eingesetzt hat.

Das Eintreten der kommunistischen Partei für den Mittelstand kann nicht ehrlich sein,da nach den Grundsätzen der Kommunistischen Partei der Mittelstand überhaupt keine Existenzberechtigung hat. Im Lande Ihrer Sehnsucht (zu den Kommunisten) in Rußland gibt es ganz bestimmt keinen Mittelstand.

(Zwischenruf aus der Komm.Fraktion: Da gibt es keinen Röchling und keinen Schmelzer,alle anderen Kategorien sind da !)

Ganz bestimmt gibt es da keinen Mittelstand.Also,das ist schon unehrlich.Man spekuliert mit dieser Unehrlichkeit auf die Urteilslosigkeit der Massen.

Der Handwerkerbund Saarbrücken hat vor einiger Zeit eine Eingabe an die Regierungskommission gemacht wegen größerer Hausreparaturen.Die Eingabe wurde von dem Herrn Präsidenten der Regierungskommission zurückgegeben mit dem Bescheid,sie sei zu unhöflich.Auf die Frage,worin diese Unhöflichkeit zu erblicken sei,wurde der Bescheid gegeben, daß in der Eingabe der Regierungskommission der Vorwurf gemacht werde,daß sie für Arbeitsbeschaffung nichts getan habe. Im übrigen war diese Eingabe durchaus höflich gehalten. Wenn das von der Regierungskommission schon als Unhöflichkeit ausgelegt wird,dann fürchte ich, daß der Herr Kiefer sehr schlecht wegkommen wird in der Beurteilung des Herrn Präsidenten der Regierungskommission,denn er hat ihr ja vorgeworfen, daß sie in ihrem Winterschlaf begriffen sei. Der Herr Präsident der Regierungskommission wird dadurch sicherlich angeregt werden,seine Meinung zu ändern,die er dahin formuliert hat, daß er die Politik nicht liebt,und daß er mit der Presse nichts zu tun haben will. Ich möchte nur wissen, wo er sich

informieren

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

informieren will,was im Saargebiet vorgeht. Die Informationen, die er durch seinen Kollegen Morize erhält,werden wahrscheinlich immer so ausfallen,daß sie ein Bild bieten,das in Wirklichkeit nicht existiert.

(Zwischenruf aus der Komm.Fraktion: Der Herr Röchling könnte ihn doch informieren!)

Zu den Kommunisten gewendet: Sie können ihn auch informieren. Ich habe garnichts dagegen.Aus Ihren Informationen kann er das Gute herausnehmen und das andere,das darum hängt, beiseite lassen.Allerdings ist das letztere,wie ihr Redner hier schlagend bewiesen hat, das meiste.

Ich möchte ihm aber von dieser Stelle aus das eine sagen: Sein Kollege Morize ist ihm an Schlauheit und Gerissenheit - es fehlt mir im Monat die französische oder englische Bezeichnung für Gerissenheit - ganz bestimmt überlegen. Ich will nur ein Beispiel dafür bringen. Man soll versuchen, immer alles zubeweisen, was man sagt. Wie sehr er ihm an Gerissenheit zurücksteht,das geht aus folgendem hervor: Wir haben im August eine Vorlage verabschiedet,die die Regierungskommission eingebracht hat. Wir haben sie wörtlich übernommen. Das war eine Vorlage über unlauteren Wettbewerb usw.Die Regierungskommission hätte also nur nötig gehabt,sie in ihrer nächsten Sitzung zum Gesetz zu erheben.Das ist nicht geschehen. Und wenn man untersucht,warum das nicht geschehen ist,dann findet man eine merkwürdige Tatsache.In der Zwischenzeit hat eine Firma aus Colmar sich hier handelsgerichtlich eintragen lassen für ein Einheitspreisgeschäft. Herr Morize,der ja für die Wahrung der französischen Interessen im Saargebiet verpflichtet ist - allerdings sollte er auch für die Interessen der Saarländer besorgt sein - hat wahrscheinlich den Erlaß dieser Verordnung soweit hinausgeschoben,bis eine oder mehrere Firmen im Saargebiet vorhanden sind,dann kann ja die Verordnung kommen,um die saarländische und deutsche Konkurrenz fernzuhalten.

(Zwischenruf des Abg.Braun(SP): Wir haben die Vorlage wieder zurückgewiesen.)

Herr Braun,ich will mich jetzt einer Kritik enthalten.

(Zuruf des Abg.Braun (SP): Ich wollte das nur richtigstellen.)

Ich gehe von dem Grundsatz aus,daß Herr Morize an Schlauheit und Gerissenheit dem Herrn Präsidenten bestimmt überlegen ist.

Der Redner der Nationalsozialistischen Partei hat an das Herz der Regierungskommission appelliert. Ich glaube, diese Beschwörungsformel ist zu schwach. Aber vielleicht wirkt etwas anderes auf den Herrn Präsidenten besser ein. Das englische Unterhaus hat sich schon einmal mit den saarländischen Interessen befaßt. Damals ist das englische Unterhaus,der Bevölkerung sehr gut beigetreten und ich kann mir ganz gut vorstellen,daß das englische Unterhaus,wenn sich die Dinge so weiter entwickeln,sich einmal mit der Tätigkeit des britischen Vertreters in der Regierungskommission falls derselbe sich nicht einsetzen wird für die Interessen der saarländischen Bevölkerung,näher beschäftigen wird. Ich möchte dabei vorausschicken, daß der Herr Präsident schon

einmal

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4 I

einmal tätig geworden ist und zwar durchaus in positivem Sinne. Es betrifft dies die Einrichtung der Giro-Zentrale. Nach dem Vorgehen des Herrn Morize wäre es seinerzeit eine französische Einrichtung geworden. Ich muß feststellen,daß der Herr Präsident gleich nach seiner Ankunft sich der Sache angenommen hat. Wir haben eine Giro-Zentrale bekommen,die eine Zweigniederlassung der deutschen Giro-Zentrale ist. Dieser Giro-Zentrale werden aber derartige Schwierigkeiten gemacht und die wird derart sabotiert,daß sie bisjetzt überhaupt noch nicht in Tätigkeit treten konnte. Da wäre es Sache des Herrn Präsidenten,wenn er sich dieser Angelegenheit etwas annehmen würde.

Welche Zwecke sollte die Giro-Zentrale hier erfüllen ? Sie sollte kurzfristiges Geld,das in Mengen bei den Sparkassen liegt,an sich nehmen und versuchen, einen Teil davon in langfristiges Geld umzuwandeln und der Wirtschaft zuzuführen. Wenn nun aber dauernd Schwierigkeiten gemacht werden,kann man annehmen,daß der französische Vertreter hier nur verhindern will,daß aus der Sache etwas wird und daß später eine französische Institution ins Leben gerufen wird. Wir brauchen ein derartiges Zentral-Geldinstitut schon aus dem Grunde,um überhaupt wieder Hypotheken geben zu können,denn nicht nur fehlen Hypotheken für Neubauten,es sind bisher auch sehr viele Hypotheken der kleinen Leute stark in Gefahr. Es ist unbedingt nötig,daß hier etwas geschieht,damit nicht die Zwangsversteigerungen noch mehr zunehmen.

Da komme ich noch auf einen Punkt zu sprechen. Dieser betrifft die

Allgemeine Bodenkreditbank.

eine Gründung der Regierungskommission. Ein Direktor dieser Bank ist Saarländer,der zweite Direktor ein Franzose,dessen Namen der Abgeordnete Brück genannt hat. Ich habe schon vor einiger Zeit dieses Institut hier kritisiert und habe behauptet,daß es wahrscheinlich nur gegründet worden ist,um den französischen Geldleuten hier Verdienst zu verschaffen. Sie wissen,daß 40 Millionen Hypotheken-Pfandbriefe und Kommunalobligationen von diesem Institut ausgegeben wurden,um die Bauwirtschaft zu beleben. Von diesem Gelde liegen noch ungefähr 10 Millionen Franken brach. Mittlerweile sind diese Papiere im Kurs sehr stark gesunken. In Frankreich werden sie zu 50 oder 60 gehandelt und die "Albo" verkauft nun keine Wertpapiere mehr.Die 10 Millionen liegen brach. Sie denkt auch garnicht daran,irgend etwas zu unternehmen und die Regierungskommission ihrerseits denkt nicht daran,sie anzuhalten,irgend etwas zu tun.Ich hatte vor einiger Zeit die Möglichkeit,durch eine reichsdeutsche Versicherung einen Ankauf durchzuführen von Kommunalobligationen dieser Anstalt im Werte von 900 000.- Franken. Mit dem deutschen Direktor waren wir einig. Aber auf Einspruch des französischen Direktors wurden die Bedingungen so verschärft,daß es unmöglich war,die Papiere anzukaufen und daß es deshalb auch unmöglich ist,den Erlös dieser 900 000.-Franken der Bauwirtschaft des Saargebietes zur Verfügung zu stellen. Es war daran gedacht,daß von diesem Geld Kleinsthäuser hergestellt werden sollten.

Es ist mir später erklärt worden,daß die "Albo" gar kein Interesse am Verkauf dieser Papiere wegen des unsicheren Kurses hat,also ein Beweis dafür,daß dieses Institut nicht etwa gegründet worden ist,um die Wirtschaft des Saargebietes zu fördern,sondern um französischen Geldleuten unangemessene Gewinne zu sichern.

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

238

Etwas ganz Besonderes ist noch bei dieser Gelegenheit passiert. Der deutsche Direktor war bereit,diese Papiere zum Teil abzukaufen.Das wurde später abgelehnt und mir ist zuerst nicht klar gewesen,warum man das ablehnte. Wenn ich mir aber den Kurs,zu dem diese Papiere gehandelt werden,vor Augen halte, dann kann ich mir folgendes vorstellen: In jedem Jahre müssen nach den Bestimmungen für 100 000 Franken zurückgekauft werden.Wenn man diese Papiere in Paris unter der Hand kaufen kann zu 50 oder 60 %,dann verdient derjenige,der sie im Besitz hat, seine 40 - 50 000 Franken.Man kann schon der Meinung sein, daß das der Grund ist,warum man auf die Verkaufsbedingungen nicht eingegangen ist. Es würde schon der Albo und dem Finanzminister Morize sehr wohl anstehen,wenn er einmal begründen wollte,weshalb diese Einrichtung eingerichtet worden ist,wenn sie ihren eigentlichen Zweck,zu dem sie gegründet worden ist,nicht erfüllt.

Ich habe vorhin eine Eingabe des Handwerkerbundes erwähnt,die die Reparatur von Altbauwohnungen betrifft. Sie wissen,daß das Reich für Hausreparaturen 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat und ich kann versichern,daß sich diese Aktion so gut ausgewirkt hat, daß im Reich für 200 Millionen Mark Hausreparaturen vorgenommen wurden.Wir haben der Regierungskommission wiederholt Vorschläge gemacht,wie man hier im Saargebiet etwas Ähnliches machen könnte. Ich habe kurz vor Schluß der letzten Session wieder einen Vorschlag gemacht,nämlich,man könnte im Saargebiet Schatzscheine oder dergleichen ausgeben,eine Art innere Anleihe. Trotz aller dieser Vorschläge zieht der Winter wieder in's Land,ohne daß etwas geschehen wird. Wir müssen aber feststellen,daß die Regierungskommission vollständig inaktiv geblieben ist in der Frage der Arbeitsbeschaffung. Auch heute hat Herr Kiefer wieder Vorschläge gemacht betreffend Flußregulierungen,Straßenbauten usw.Die Regierungskommission unternimmt aber absolut nichts in dieser ganzen Angelegenheit.

Eine weitere Frage wäre ja auch,ob die Regierungskommission,wie das im Reich geschehen ist,Steuergutscheine herausgibt,die allerdings dann auch eine Verhandlung mit dem Reich bedingten.

(Zurufe aus der Komm.Fraktion: Aha!)

Wenn Sie (zu den Kommunisten) etwas dagegen einwenden wollen, dann überlegen Sie es sich,denn diese Steuergutscheine wirken sich in Deutschland sehr gut aus.

(Zwischenruf aus der Komm.Fraktion: Daß keiner Arbeit bekommt und die anderen Profite!)

Meine Herren,ich würde mir nicht zutrauen,so schnell zu urteilen.Ich bin gewohnt,die Sachen zu überlegen,wenn Sie sehr eifrig mit dem Munde sind,dann sind Sie weniger eifrig mit dem Kopf.Das würde allerdings zur Voraussetzung haben,daß man endlich von Seiten der Regierungskommission die Fiktion aufgibt,daß im Saargebiet die Abstimmung anders ausfallen könnte als wie über 99 % zu Gunsten des Deutschen Reiches.Das ist eine offenkundige Tatsache und wenn noch irgend jemand Zweifel gehabt haben sollte,so ist er durch den Ausgang der Kommunalwahlen eines Bessern belehrt worden,denn das Ergebnis ist kläglich für den Saarbund.

Eine Frage wäre es auch,ob die Regierungskommission nicht ähnlich wie im Reich Steuergutscheine ausgäbe,die natürlich eine vorherige Verhandlung mit dem Reich notwendig machen. Denn ich würde mir nicht zutrauen,aus dem Handgelenk eine solch weittragende Maßnahme zu treffen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 44 A4 I

(unverständliche Zwischenrufe der Kommunisten!)

Wenn Sie (zu den Kommunisten) sehr eifrig mit dem Munde sind, dann sind Sie weniger eifrig mit dem Kopf. Die Abstimmung würde nicht anders ausfallen als 99 % der Bevölkerung für Deutschland. Das ist bereits geschehen durch die Kommunalwahlen. Die Regierungskommission sollte sich überhaupt einmal zugunsten der Saarbevölkerung stark machen gegen Frankreich. Ich weise auf die landwirtschaftliche Konkurrenz Frankreichs hin, dann weise ich, wie Herr Becker darauf hin, daß die Einreisegenehmigung nicht so gehandhabt wird wie umgekehrt. Das ist ein Skandal. Jeder Reisende kommt ins Saargebiet und jedem Saarländer wird die Einreise nach Frankreich nach Möglichkeit verweigert. Wo kümmert sich jemand darum, wenn ein Franzose Arbeit im Saargebiet aufnimmt. Kommen Sie (zum Staatskommissar) mir nicht mit der Kontrolle. Aber wie sieht es mit der Arbeitsgenehmigung in Frankreich aus? Das Arbeitsministerium in Paris muß Stellung dazu nehmen.

Das Verbot gegen die Nationalsozialistische Partei und die stattgefundenen Haussuchungen betrachten wir als schlimmer wie schlimm. Was sollte mit diesem Verbot bezweckt werden ? Wollte man Märtyrer schaffen.

(unverständlicher Zwischenruf der Kommunisten)

Ich will nicht dem kommunistischen Zwischenruf folgen. Das wäre Dummheit, das machen Sie (zu den Kommunisten) ja auch, wenn Sie lichte Momente haben.

- Glocke des Vorsitzenden -

(Zurufe des Abg. Hey (KP): Herr Scheuer, das hören Sie nicht !)

Ich betrachte mich als zur Ordnung gerufen.

(Zuruf der Abg. Frau Herrmann (KP): Einheitsfront mit Nationalsozialisten!)

Gebärden Sie sich nicht noch einfältiger wie Sie sind. Das Saarregime ist überreif und die Regierungskommission sollte die Konsequenz ziehen, da das Saarregime keinen Sinn mehr hat. Es trifft nicht zu, das Saarregime ist aufgestellt worden zum Nutzen und Wohle der Bevölkerung und von Tag zu Tag werden die Verhältnisse schlechter. Die Verhältnisse sind nicht mehr aufrecht zu erhalten. Man muß darüber hinaus Maßregeln treffen, wenn die Bevölkerung nicht zugrunde gehen soll und das wäre Pflicht der Regierungskommission, mit dem Rechtsnachfolger in beschleunigte Verhandlungen einzutreten, um der Rückgliederung, und wenn sie diese Pflicht nicht erfüllt, dann verletzt sie gröblich die Pflicht, die ihr durch den Versailler Vertrag auferlegt worden ist.

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4 1

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg. Schmoll (DBM): Meine Dame und meine Herren! Ich bitte die Fraktionen, zunächst davon Kenntnis zu nehmen, daß sich meine Fraktion künftig "Deutsche Bürgerliche Mitte" nennen wird.

Von der Regierungskommission verlangen wir als eine der wichtigsten Maßnahmen die sofortige Durchführung einer Wohnungszählung in den 20 noch zwangsbewirtschafteten Gemeinden des Saargebietes. Die Frage, ob Wohnraum vorhanden ist oder nicht, kann nur durch Feststellung des vorhandenen Wohnraumes befriedigend beantwortet werden. Eine Wohnungszählung wird vor allem den Beweis erbringen, daß heute schon Wohnräume in großem Umfange leerstehen. Wenn man die Begründung der Regierungskommission zur Wohnungsverordnung liest, kann man glauben, daß das jemand geschrieben hat, der eben erst von einem langen Aufenthalt auf dem Mond zurückgekehrt ist. Um die Regierungskommission auf den Boden der Wirklichkeit zu bringen, benötigen wir die Wohnungszählung. Falls aber der Einwand erhoben wird, die Zeit zu einer Zählung sei zu kurz, bitten wir die Regierungskommission um Zurückziehung der Wohnungsvorlage. Einer neuen Vorlage, die eine Wohnungszählung in Aussicht stellt und deshalb eine Verlängerung der bisherigen Verordnung um zwei Monate enthält, würden wir ohne weiteres zustimmen.

Das wichtigste Problem der Gegenwart ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Jedes Mittel, auch der freiwillige Arbeitsdienst, muß angewendet werden, um die Arbeitslosigkeit zu beheben. Dazu gehört auch die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und die Bereitstellung von Mitteln für Reparaturen.

Daß alles getan werden muß, um die Rückgliederung des Saargebietes reibungslos vor sich gehen zu lassen, ist unser aller Forderung.

Nun komme ich auf Dinge zu sprechen in der letzten Wahlperiode, über die ich lieber nicht gesprochen hätte. Wir haben erwartet, daß bei der letzten Wahlperiode bis zur Abstimmung im Jahre 1935 zum mindesten ein Burgfriede in nationaler Beziehung Platz gegriffen hätte. Leider war das nicht der Fall. Die Deutsch-Saarländische Volkspartei hat in einer Saarbrücker Wahlversammlung am 10. dieses Monats und auch bei verschiedenen anderen Gelegenheiten wider besseres Wissen erneut die Legende von der Reise zur Begrüßung Poincarés nach Saargemünd als Wahlagitationsmittel gegen meine Partei eingesetzt. Unseres Erachtens ist es tief bedauerlich, daß nach mehrfach erfolgter Aufklärung noch nach 13 Jahren man sich von diesen Märchen eine Förderung des Wahlerfolges verspricht, der ja auch ausgeblieben ist. Meine Partei legt erneut nachdrücklich Verwahrung ein gegen solche Geschichtsfälschungen. Mir, der ich in jeder Beziehung unabhängig bin, ist es ganz gleichgültig geworden, was Geschichtsfälscher und andre, die es nicht besser wissen, in dieser Beziehung über mich sagen. Ich befinde mich im 61. Lebensjahre, in einem Alter, indem man solche Anwürfe leichter trägt als früher. Wer so wie ich als Vertreter der Bürgerschaft an der Gestaltung der örtlichen Verhältnisse seit 20 Jahren und auch in Zeiten, in denen eine solche Mitarbeit undenkbar riskant und äußerst schwierig war, selbstlot mitgearbeitet habe, dem genügt im Alter das eigene Gefühl, seine Pflicht getan zu haben. Ich sehe heute viele in vorderster Front, die in der Zeit der Militärdiktatur kaum sichtbar waren, deshalb auch keine Fehler machen konnten. Sie überließen es damals beim Ordnen der örtlichen Verhältnisse mit den Franzosen ständig in Verbindung zu bleiben, ohne die eine Einwirkung auf die Gestaltung der Dinge naturgemäß unmöglich war.

Nur ein ganz unbedeutendes Ereignis aus jener Zeit beweist, daß damals unter feindlicher Militärdiktatur sich

manche

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

manche Dinge nicht mit forschem Auftreten lösen ließen. Ich erinnere mich gut des Augenblicks,als die liberale Volkspartei erstmalig zu den damals üblichen Fraktionsbesprechungen bei der Militärverwaltung hinzugezogen wurde. Ich bin es gewesen, der im Einverständnis mit Bankdirektor Schmitt den Gang zu Dr. Carrière machte. Die erstmalige telefonische Einladung der liberalen Volkspartei,die in meiner Gegenwart erfolgte, war das Resultat dieses Besuches bei den Franzosen. Mit Protesten und aggressiver Haltung war namentlich nach der für uns alle niederdrückenden Verwarnung des Generals Henri de Plessy im Rathaus zu Saarbrücken am 22.Januar 1919 für jemand, der entschlossen war,die unsagbaren Leiden der Bevölkerung zu mildern,zu helfen und bei der Umgestaltung der Verhältnisse mitzuwirken,nichts mehr zu machen,es sei denn,daß man bereit war,sich ausweisen zu lassen oder von einem französischen Kriegsgericht aburteilen zu lassen.Beides aber milderte die damaligen Leiden der Bevölkerung nicht. Ich vertrete heute noch die Ansicht,die ich in meinem Schreiben vom 14.9.1919 an den Dammar-Verlag in Berlin,der erstmalig aus bekannter Quelle das Märchen über die Saargemünder-Reise verbreitet hat, mit den Worten festlegte: " Wir glauben,dem Deutschtum mehr nützen zu können,wenn wir hier aushalten und uns durch die nicht immer leichten Situationen durchwinden." Leicht war die Situation im Jahre 1919 wirklich nicht. So verlangte z.B. am 14.Juni 1919 die Militärbehörde,daß Vertreter der städtischen Verwaltung und Bürgerschaft,zu denen ich auch gehörte,auf der vor dem Rathaus errichteten Tribüne Platz nehmen sollten.Die Plätze blieben leer.Außerdem kam der Befehl,das Rathaus zu beflaggen.Das Rathaus wurde nicht beflaggt. Meiner persönlichen Haltung wegen wäre ich in dem Jahre,in dem ich Poincaré so herzlich begrüßt haben soll,beinahe von einem französischen Kriegsgericht abgeurteilt worden.Unter dem 15.Juli 1919 erreichte mich eine Anklageschrift unter dem Aktenzeichen:"Der Major der Garnison, C 433" in der es heißt:" Ich erblicke in dieser Handlungsweise ein Zeichen der Feindseligkeit französischen Offizieren gegenüber,welche auch nicht direkt zum Ausdruck gebracht,dem Rittmeister Schmoll nicht minder angerechnet werden muß.Nachdem dieser Kelch noch eben an mir vorbeigegangen war,soll ich am 24.August,also einen Monat später,mit der entsprechenden Begeisterung nach Saargemünd gefahren sein. Wer Geschichte macht,ohne den Maßstab der betreffenden Zeit anzulegen,färbt Geschichte; wer aber die Tatsachen selbst entstellt, fälscht Geschichte. Das hat die Deutschnationale Volkspartei in ihrer Versammlung am 10.dieses Monats erneut getan. Ich habe die Reise unternommen mit zwei prominenten Personen aus dem liberalen Lager in amtlicher Eigenschaft als Stadtverordneter und zwar als Ersatzmann für ein bekanntes Mitglied des Zentrums,Herrn Justizrat Dr.Brüggemann.Schon allein diese Tatsache sollte die Deutsch-Saarländische Volkspartei veranlassen,nunendlich diese Angelegenheit ruhen zu lassen.Die Deputation,deren Absendung von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig gebildet wurde,hatten einen zweifachen Auftrag. Nach Kriegsschluß hatten die saarländische Großindustrie,die Handelskammer und die Handwerkskammer nichts eiligeres zu tun,als zusammen mit den Franzosen eine Ausstellung zu veranstalten.Die Stadtverwaltung warnte vor dieser Ausstellung und der komm.Bürgermeister lehnte das Eintreten in das Ausstellungskomitee ab.Von der Firma Röchling bis zu der kleinsten Gattung des Gewerbes waren Firmen an dieser Ausstellung beteiligt. Die am 15.August 1919 vorgesehene Eröffnung wurde plötzlich von Paris verboten. General Andlauer erklärte,er könne gegen eine solche Anordnung des französischen Präsidenten nichts unternehmen und empfahl die Entsendung einer Deputation nach Paris,ein Vorschlag, den die Ausstellungsleitung auszu-

führen

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

302

durchzuführen beschloß. Gleichzeitig führte eine für die Bevölkerung bedeutungsvolle Sache zu dem Entschluß,eine städtische Kommission nach Paris zu entsenden.Saarbrücken erhielt damals,und es ist heute nicht viel anders,90 % der Milch und anderer Lebensmittel aus Lothringen.Die Wirtschaftsnot im Saargebiet erreichte ihren Höhepunkt,als die Lothringer Grenze geschlossen wurde. Vor allem waren nunmehr unsere armen Kinder fast ohne Milch.Der Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung, Herr Zühlke,schrieb am 20.9.1919: " Jeder Saarbrücker weiß, daß diese Angelegenheit für uns direkt eine Lebensfrage bedeutet. Und wenn die Städtische Verwaltung alles daran setzte,die Öffnung der Grenze zu erreichen,um damit unserer Bevölkerung die schweren Existenzbedingungen zu erleichtern so hat sie damals damit weiter nichts getan als ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit." Alle Schritte zur Öffnung der Grenze waren jedoch vergebens,die Antwort der Militärverwaltung blieb die gleiche,wie zum Verbot der Eröffnung der Ausstellung. Nur der Präsident der französischen Republik könne die Grenzpforten aufheben. In dieser furchtbaren Lage entschloß man sich im Saarbrücker Rathaus,den letztmöglichen Schritt zur Linderung der Leiden der Bevölkerung zu tun und eine Deputation nach Paris zu schicken.Am 22.September traf in Saarbrücken die Nachricht ein,daß der Präsident die Deputation nicht in Paris,sondern am übernächsten Tage in Saargemünd empfangen wolle.Die drei ehrenamtlichen Beigeordneten der Stadt,Kommerzienrat Weißdorf,Sanitätsrat Dr.Schönemann und Justizrat Dr.Brüggemann erklärten sich bereit,den schweren Gang zu machen.Am Abend vor der Abreise mußte ich wohl oder übel als Ersatzmann des plötzlich erkrankten Dr.Brüggemann einspringen.Ohne uns irgendwie an den Empfangsfeierlichkeiten in Saargemünd zu beteiligen,entledigten wir uns unseres harten Auftrags.Die Bevölkerung hatte einige Tage darauf die so sehnsüchtig erwarteten Lebensmittel, vor allen Dingen hatten unsere Kinder Milch und auch die gänzlich überflüssige Ausstellung konnte eröffnet werden.Chefredakteur Zühlke schrieb damals:" Ohne diese erfolgreichen Bemühungen wäre unsere Säuglingssterblichkeit geradezu eine ungeheuere geworden."Der Mensch vergißt unangenehme Situationen zu leicht,sonst müßte bezgl. dieser Reise heute das noch besser bekannt sein,was Herr Zühlke am Schlusse seiner Betrachtungen schrieb: "In der Stadtverordnetenversammlung sprach die Versammlung der Abordnung einstimmig ihren Dank aus. In der Bevölkerung hat man ebenfalls die Sache mit Interesse verfolgt und ist den Herren Schöenemann,Weißdorf und Schmoll von Herzen dankbar und anerkennt in ihnen die Männer,die selbstlos und treu für das Wohl des Ganzen eingetreten sind."

Meine Dame und meine Herren! Die Reise nach Saargemünd ist längst geklärt. Meine Partei weist diesbezüglich erneute Anwürfe der Deutsch-Saarländischen Volkspartei mit allem Nachdruck an dieser Stelle zurück. Mich persönlich berühren sie nicht mehr.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Dame und meine Herren! Ich bitte mich zu entschuldigen, wenn ich infolge Erkrankung sitzend rede. Der Herr Abgeordnete Kiefer hat von dem Gerücht gesprochen, es sei beabsichtigt, bei den im Februar dieses Jahres entlassenen Bergleuten die Erwerbslosenunterstützung zu kürzen durch Verkürzung der Unterstützungsdauer. Eine solche Maßnahme ist, wie ich festgestellt habe, nicht beabsichtigt. Ich stelle jedoch richtig, die Zeit der Unterstützung beträgt für gelernte Arbeiter, zu denen auch die Bergleute gehören, 35 Wochen, für ungelernte Arbeiter 39 Wochen. Es besteht aber die Möglichkeit, auch für gelernt Arbeiter die Fürsorge um 4 Wochen, d.h. im ganzen auf 39 Wochen auszudehnen.

Der Herr Abgeordnete Brück hat die Haussuchung im Lokal seiner Partei erwähnt, von der er annimmt, daß sie gegen eine Reihe von Paragraphen des Strafgesetzbuches verstößt. Meine Informationen hierzu gehen dahin: Die Haussuchung ist erfolgt, um den Urheber eines Flugblattes festzustellen, das unter Verstoß gegen das Pressegesetz hergestellt und verbreitet worden ist. Die gesetzliche Zulässigkeit der Haussuchung wird gegründet auf die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, welche der Polizei das Recht geben, Maßnahmen zu treffen, um strafbare Handlungen zu verhüten oder zu verhindern, daß solche fortgesetzt werden. Die Haussuchung förderte umfangreiches Beweismaterial dafür zu Tage, daß es sich bei den SA und SS -Formationen um militärische Organisationen handelt, welche die Verordnung vom 12. September 1928 verbietet. Die Regierungskommission hat daraufhin das Verbot dieser Formationen ausgesprochen.

Zu den Behauptungen auf finanziellem Gebiet, namentlich über die angeblich eingefrorenen 100 Millionen Franken und die Anlage von Geldern des Pensionsfonds habe ich keine Informationen. Ich halte sie aber nicht für zutreffend und muß sie daher bestreiten.

Die Kritik, die der Herr Abgeordnete Schmelzer an dem Herrn Finanzminister geübt hat, ist bereits durch Zurufe aus dem Hause richtig gestellt worden. Soweit die Äußerungen beleidigender Natur waren, weise ich sie zurück. Die Anregungen, die in den Ausführungen der verschiedenen Herren Redner zum Ausdruck kamen, werde ich an die Regierungskommission weiterleiten.

--

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4
I

LT Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Vorsitzender: Damit wäre die erste Aussprache zu Ende. Ich würde nun vorschlagen, die nächste Kommissionssitzung in acht Tagen und in der darauffolgenden Woche eine Vollversammlung stattfinden zu lassen.

Was jetzt noch zu besprechen ist, möchte ich auf die Form der persönlichen Bemerkungen beschränken.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser!

Abg. Lieser (SP): Der Landesrat ist dazu berufen, die Nöte des Volkes zu besprechen. Wir haben heute sehr wichtige Fragen zu besprechen, weshalb ich bitte, daß wir noch etwas zusammenbleiben.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lorenz!

Abg. Lorenz (KP): Wir bleiben nach wie vor auf dem Standpunkt der unbeschränkten Redezeit stehen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP): Ich möchte den Vorsitzenden darauf aufmerksam machen, daß wir der einhalbstündigen Redezeit nur zugestimmt haben, daß auch nach der allgemeinen Aussprache vorliegende Anträge besprochen werden.

305

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser!

Abg. Lieser(SP): Meine Dame und Herren! Ich habe nicht die Absicht, die halbe Stunde Redezeit auszunutzen,weil ich auf dem Standpunkt stehe,daß es nicht auf die Länge der Rede,sondern auf den Inhalt derselben ankommt. Ich habe den Auftrag von meiner Fraktion,nur auf einen Punkt einzugehen,aber gestatten Sie kurz ein paar Bemerkungen über die Aussprache. Mit der Art der Verhandlung wie heute,kommen wir keinen Schritt weiter. Die heutige Art der Verhandlung ist hervorgerufen worden durch die vielen Zwischenrufe der Kommunisten.Der Herr Abgeordnete Brück hat ausgeführt,daß er sich in den Streit der feindlichen Brüder nicht einlassen möchte.

Meine Dame und Herren! Wir müssen uns daran gewöhnen, daß wir in diesem Hause nicht in einer Wählerversammlung sind,

(Zurufe: Sehr richtig!)

sondern in einem Parlament,das Anspruch erheben konnte,in der Welt beachtet zu werden. Eine Beachtung und Achtung vor diesem Parlament ist in den zwei letzten Jahren notwendig,wo wir doch den Anspruch erheben,in anständiger Weise zurückgegliedert zu werden. Solche Szenen - möchte ich sagen - sind nicht immer ein Zeichen der Sicherheit,sondern der Unsicherheit. Die Sozialdemokratische Partei hat im Jahre 1932 in Deutschland fünfmal ihre Prüfung mit "gut" bestanden und wird im Saargebiet ihre Prüfung mit der Note "1" bestehen.Darauf kann sich die Kommunistische Partei verlassen.

Der Herr Abgeordnete Schmelzer hat gemeint,gegen die Bodenkreditbank vorgehen zu müssen.Der Herr Dr.Becker von Ihrer Partei,Herr Schmelzer,hat einmal anders gesprochen. Er redete von derselben Bank,daß sie es gewesen ist,die ins Saargebiet 40 Millionen Mark hereingebracht hätte.

(Zuruf des Abg.Schmoll(DBM): 70 Millionen Mark!)

Der Herr Schmoll hat uns mitgeteilt,daß seine Partei nicht mehr Deutsche Wirtschaftspartei heiße,sondern Deutsche Partei der Mitte. Das ist aber ein Fehler,sie müßte heißen, "Partei des Mittelpunktes",denn sie ist nur ein Punkt in der Mitte.

Ich möchte aus der allgemeinen Debatte nur eins herausgreifen,was ich vorhin angedeutet habe,die Not der Erwerbslosen,nicht diese allein,sondern auch die Not der Schaffenden.Ich möchte im Auftrag meiner Fraktion von der Stellung neuer Anträge absehen.

(Zuruf des Abg.Lorenz(KP): Ihr habt ja keine gestellt)

Wir werden das schon sehen,ich bitte,nicht erregt zu werden. Es hat keinen Zweck,neue Anträge zu stellen,denn damit ist niemand gedient,sondern es muß versucht werden,daß die gestellten Anträge,die noch im Aktenkörbchen der Regierungskommission schlummern,verwirklicht werden.

Meine Dame und Herren! Die Widerstandskraft des Saargebietes zu erhalten,ist ein Erfordernis für die Zukunft. Durch Unterernährung,durch Hunger und Elend wird die Widerstandskraft gebrochen,und das ist Gift für das Volk.Wir wollen gerne anerkennen,wo Verbesserungen durchgeführt worden sind,und die Regierungskommission hat in einem Punkt auf unsere Anträge hin Verbesserungen durchgeführt und die davon Betroffenen sind uns sehr dankbar. Wir haben seinerzeit beantragt,daß bei Prüfung der Erwerbsloseneinkommen landwirtschaftlicher Besitz bis zu 3 Morgen anrechnungsfrei bleiben soll.Die Regierungskommission hat verfügt,da 2 Morgen anrech-

nungsfrei

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4

anrechnungsfrei bleiben und für die übrigen 20 Franken berechnet werden. Hunderte sind dabei in die Fürsorge hineingekommen.

(Zuruf des Abg.Lorenz(KP): Sagen Sie auch dabei,was man den Leuten genommen hat!)

Die Erwerbslosennot geht weiter. Von einer Arbeitsbeschaffung ist keine Rede mehr. Wir haben viele Vorschläge gemacht,wie man dem Volk Arbeit beschaffen kann. Dieser Arbeitslosennot muß gesteuert werden.Davon scheint Herr Lorenz nichts bekannt zu sein. Es ist die Gleichstellung der Wohlfahrts-Erwerbslosen mit den übrigen notwendig. Wir haben zur Kurzarbeiterfürsorge betont,daß es nicht angeht,die Regelung so zu lassen,wie sie ist und haben verlangt,daß eine einheitliche Regelung der Kurzarbeiterfürsorge nach sozialen Gesichtspunkten stattfindet. Das scheint Herrn Lorenz auch nicht bekannt zu sein.Für den Winter muß den Erwerbslosen eine einmalige Hilfe gewährt werden in Gestalt von Geld,Kohlen und Holz.(Sie zu den Kommunisten haben ja in verschiedenen Gemeinden jetzt die Mehrheit und in der ersten Sitzung wird Hilfe für die Arbeiter beschlossen werden.Mein Freund Petri hat schon erwähnt,daß Kohlen und Holz genug da sind,und es brauchte nur von der Regierungskommission angeordnet zu werden,daß den Armen geholfen wird.

Wir verlangen eine Aufhebung des Verbotes für die Gemeinden,den Erwerbslosen besonders zu helfen und daß die Gemeinden entlastet werden,denn durch die Abschiebung der Staatsaufgaben an die Gemeinden sind diese an den Rand des Ruins gebracht worden. Der Herr Kiefer hat nachgewiesen,wie kolossal die Zahl der Ausgesteuerten wächst. Man hat Versuche gemacht durch Hergabe von Ländereien sich selbst Naturalien zu beschaffen,und dieser Versuch wird von vielen sehr dankbar anerkannt.

(Zuruf der Kommunisten: Fragen Sie die Kommunisten in Homburg,wie sie darüber urteilen!)

Die Regierungskommission muß jetzt eingreifen,ehe es zu spät ist.

---

sitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Frisch!

.Frisch (KP): Meine Dame und Herren! Ich möchte zunächst zu den Ausführungen der einzelnen Redner Stellung nehmen.Der Herr Abg.Schmelzer hat gesagt,daß die Kommunisten einen lichten Moment hätten. Ich gebe zu,daß Herr Schmelzer sehr oft und viele lichte Momente hat die aber bei der Interessenvertretung der notleidenden Massen nicht über den eigenen Schatten kommen. Man hat von Arbeitsbeschaffung gesprochen,man hat von Programmen gesprochen,man hat von Fieberkurven gesprochen. Aber ist nicht gerade heute die Sache so,daß die,die darüber gesprochen haben,die die Wirtschaft in den Händen haben,und führen,aber nicht imstande sind,eine Wirtschaft zu führen und leiten lassen,das beweisen die heutigen Zustände in der Wirtschaft.Herr Petri,Fieberkurve ist das keine.Das ist bewiesene und klare Überzeugung der Armen und unterdrückten Massen, wenn sie zur kommunistischen Partei kommen.Ich bin von meiner Fraktion beauftragt,über den Arbeitsbeschaffungsplan,der als Entwurf eingereicht ist,zu sprechen. Es besteht die Tatsache, daß im Saargebiet über 70 000 Erwerbslose sind.Die Statistik spricht von 41 000 Erwerbslosen und Herr Petri auch.

Meine Herren! Wenn wir untersuchen,so sehen wir,daß die Statistik der Regierungskommission genau so gefälscht ist, wie die der Papenregierung.Man zählt nicht die Proletarier,die

schon

L.H. Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4

307

schon entlassen sind,die 1 bis 3 Jahre bereits entlassen sind, die noch niemals eine Arbeitsmöglichkeit hatten,man zählt sie nicht zu den Erwerbslosen,man zählt nur die,die einmal im Erwerb waren.Und man zählt selbst die nicht,die ausgesteuert sind und überhaupt keine Unterstützung bekommen,die von den Vätern und Söhnen ernährt werden müssen.Wir wissen,daß die Papenregierung bei ihrem Regierungsantritt ein Wiederankurbelungsprogramm herausgab.Das bedeutet nichts anderes,als das,wenn ein Unternehmer einen Arbeiter einstellt,er den übrigen Arbeitnehmern im Betrieb den Lohn kürzen darf,um den anderen Arbeiter zu bezahlen.Also die Betriebskosten die steigen nicht,das allgemeine Einkommen der Arbeiter nicht,aber auf der anderen Seite bekommt der Unternehmer noch 400 Mark geschenkt von den Steuergroschen der Arbeiter. Und wir müssen hier wiederholen.Eine Wiederankurbelung kann nur geschehen,wenn das Lebensniveau, die Kaufkraft und die Konsumkraft der Massen gesteigert werden. Hier ist es entgegengesetzt.Die Löhne sind gesenkt,die Steuerschraube muß angeschraubt werden,um den Wünschen der Kapitalisten Rechnung tragen zu können.Das ist eine Ankurbelung,die nichts bedeutet,als eine Erhöhung des Profites für den Unternehmer auf Kosten der Massen.

Das Entscheidende ist,welche Partei hat sich zur Wiederankurbelung der Wirtschaft der Papenregierung bekannt.Und ich möchte auf einige Dinge hinweisen.Die Landeszeitung schreibt heute in einem ihrer Artikel: 20 Arbeiter eingestellt,10 Arbeiter in der Plättchenfabrik,will damit beweisen,daß dieses Wiederankurbelungsprogramm wirklich im Gange wäre,um das Wiederankurbeln der Wirtschaft vortäuschen.Am anderen Tage meldet die Landeszeitung 40.000 Erwerbslose mehr. Gegen die Papenregierung hat man sehr viel geschimpft,nur geschimpft,aber keine Taten gezeigt. Was für diese Partei gilt,das gilt auch für die sozialdemokratische Partei.Die hat jeden Tag geschimpft,aber sie hat nicht gesagt,daß dieses Programm des Lohnabbaues zu beseitigen ist.

Und wenn die Arbeiter in den Betrieben den Kampf aufnehmen gegen den Lohnabbau,wo seid Ihr Herren Sozialdemokraten? Seht Eucht den Verkehrsarbeiterstreik in Berlin an (Zuruf: bleiben Sie im Saargebiet!) Ihr organisiert Streikbruch.Die R.G.O. steht an der Spitze der Kämpfe.Wollt Ihr Beweise? Betrachtet Luch "Der Deutsche",das Organ der christlichen Gewerkschaften (Ihr gebt es doch selbst zu)

(Zwischenruf aus dem Zentrum: Das stimmt nicht,daß es das Organ der christlichen Gewerkschaften ist!)

Aber es kommt für uns darauf an,was sie schreiben,und daß man den christlichen Funktionären dieses Blatt zustellt.Und man schreibt,daß man infolge des letzten Friedenspaktes nicht in der Lage sei,gegen den Lohnabbau,den die Papenregierung verhängt,zu kämpfen,und daß nun einmal die RGO,die den Friedenpakt nicht abgeschlossen habe,die gesetzesmäßig nicht gebunden ist gegen die Notverordnung kämpft.Und daß sie die Kämpfe aufnimmt, sie gibt es zu in diesem Blatt,daß beinahe tausende von Betriebskämpfen geführt wurden,und der Lohnabbau zurückgeschlagen wurde.Wir sprechen nicht hier,daß wir Deutsche sind,wir handeln im Interesse der deutschen werktätigen Bevölkerung.Wir versuchen,die deutsche werktätige Bevölkerung zu mobilisieren gegen die deutschen Grubenbarone.Das sind unsere Taten.Wir wollen nicht glänzen als Schönredner,wie Abg.Lieser gesagt hat,daß das Saarparlament noch immer ein großes Ansehen hat in der Öffentlichkeit.Wir haben nichts zu vertreten,als die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Ich habe schon gesagt,das Papenprogramm war nichts anderes,als Ankurbelung des Profites der Kapitalisten in Deutschland.Und wenn die SPD versucht,sich hier als Vertreter der werktätigen Massen hinzustellen,so ist es nicht notwendig,zu

<u>untersuchen.</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

versuchen,wie der Kurs der Herren von 1918 heute geht. Haben sie nicht Schritt für Schritt nur die Interessen der kapitalistischen Klassen vertreten und sind heute auch noch bereit, selbst eine Hitlerregierung zu ko lerieren.Sie werden auch die Hitlerregierung als kleines Übel betrachten.Haben sie sich selbst nicht als die Ärzte des Kapitalismus hingestellt,und sind nicht ihre Medizine wirklich der Tod tausender Arbeiter.

Wir haben ein Arbeitsbeschaffungsprogramm herausgegeben. Ich möchte vorerst auf Rußland verweisen.Wir wissen,daß die Hetze gegen Sowjet-Rußland verstärkt wird,betonen aber,daß dort die Erwerbslosigkeit beseitigt ist. Rußland hat einen Fünfjahres plan herausgebracht,und was haben die Parteien gegen diesen Fünfjahresplan gewettert.

- Glocke des Vorsitzenden -

rsitzender: Ich kann nicht mehr zugeben,daß Sie so weit ausschweifen.

isch: Wir haben gesehen,daß schon nach 2 Jahren die Erwerbslosigkeit beseitigt war,nicht dadurch,daß man die Löhne gekürzt,sondern erhöht hat dadurch,daß man den Bergleuten 6-stündige Arbeitszeit gegeben hat.Wenn man berücksichtigt,daß im Saargebiet,daß im Saargebiet 40 000 Bergleute eine ½ Stunde weniger arbeiten, so macht das 20 000 Arbeitsstunden aus,die an andere Arbeitskräfte vergeben werden können.Wir stehen nicht auf dem Standpunkt des Herrn Petri,der sich für die Rentabilität der Betriebe ausgesprochen hat. Rentabilität im Kapitalismus heißt nichts anderes als Profit.Im Bergbau können wir heute feststellen,daß ganze Abteilungen unter Mindestlöhnen arbeiten.Ferner sehen wir,daß einzelne Kategorien 30 bis 35 Schichten machen dürfen,andere dagegen wieder haben Feierschichten auf Feierschichten.Wir verlangen,daß das Überstundenwesen verboten wird, und daß sämtliche freiwerdenden Arbeitsplätze vom Arbeitsnachweis verteilt werden,daß aber auch die Kontrolle von den Erwerbslosen ausgeübt wird. Zur Behebung der Arbeitslosigkeit haben wir ein Wohnungsbau-Programm aufgestellt,nach welchem 5000 Wohnungen jährlich erstellt werden müssen.Der Herr Abgeordnete Schmoll spricht davon,daß die Wohnungszwangswirtschaft beseitigt werden müßte. Damit schnellt die Miete sehr in die Höhe,und zahlreiche Wohnungen stehen leer,weil die Miete nicht erschwungen werden kann.Ferner sehen wir,daß durch das Bauen die übrige Wirtschaft angekurbelt wird.Über die Beschaffung des dazu notwendigen Geldes werde ich nachher sprechen. Es sind heute in manchen Orten Straßen in einem solchen Zustand,daß sie nicht mehr zu begehen sind,und der Bankrott der Kommunen läßt es nicht zu,daß diese die Ausbesserung vornehmen können.Wir verlangen,daß die Regierungskommission für diese Arbeiten 350 Millionen Franken zur Verfügung stellt.

Wir verlangen weiter,daß die Pflicht bezw.Zwangsarbeit verboten wird.Man hat schon betont,daß die Regierungskommission versucht,den Erwerbslosen Arbeit zu geben.Es müßte aber den Arbeitern der Tariflohn gezahlt werden. Die Sozialdemokratie ist für die Pflichtarbeit.Nun untersuchen wir einmal weiter die Taten der sozialdemokratischen Partei.War es nicht diese Partei,die zuerst die Renten und Pensionen gekürzt hat?Wir haben weiter vorgesehen,daß keine Beschränkung der Unterstützungsansprüche stattfinden darf. Wir wissen,daß die Verhältnisse in den Erwerbslosenfamilien sehr traurig sind. Wir wissen weiter,daß es Kinder gibt,die in die Schule gehen müssen,ohne morgens Brot und Kaffee genossen zu haben. Hier muß geholfen werden,daß die Kinder ein warmes Frühstück erhalten.Wir verlangen, daß hierzu Mittel bereit gestellt werden.Weiter müssen Mittel für die kommunale Wohlfahrtspflege bereitgestellt werden.Den Gemeinden,die versuchten, über den Satz der Kreisverwaltung hinwegzugehen,wurde eine Verfügung zugestellt,wonach sie das nicht dürfen.Wir verlangen,daß der Staat die Mittel für die Verbesserung der Kommunal-und Wohlfahrtspflege bereitstellt.

Zur

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4 I

Zur Mittelbeschaffung. Wir sind der Ansicht,daß es nicht notwendig ist,daß man ein solch großes Landjägerkorps beschäftigt.So wie die Not wächst,so wächst auch das Landjägerkorps und die Polizei.Wenn man einmal untersuchen will,zur Zeit vor der Wirtschaftskrise,vor dem Kriege,da hatten 3 bis 4 Orte einen Gendarm und er konnte abends melden: alles schön ruhig und in Ordnung. Und heute,in einem Orte 3 bis 4 Landjäger,nur um die werktätigen Massen niederzuhalten. Ich habe noch nie einen Erlaß kennen gelernt,auch in keinem von den Sozialdemokraten regierten Staat oder in der schönen deutschen Republik,der den Landjägern und der Polizei Anweisung gibt,den Kapitalisten einmal den Profit zu kürzen oder mit den Arbeitern für Lohn und Brot zu kämpfen. Auch der Herr Severing hatte sehr gut verstanden,seine Polizeikräft gegen die Arbeiterschaft einzusetzen.

(Zwischenrufe aus der soz.Fraktion: Wie ist es denn in Rußland?)

In Rußland kämpft die rote Armee gemeinsam mit den Arbeitern. Am 1.Mai demonstriert die Rote Armee gemeinsam mit den Arbeitern,die das Gewehr auf dem Rücken tragen

(Zwischenruf aus der Zentrumsfraktion: Gegen wen denn?) (Ruf von der Tribüne an den Zwischenrufer. Affenpinscher! Sprich noch ein Wort gegen die Sowet-Union!)

(Bezahlter Lakai!)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender zu dem Aufsichtsbeamten auf der Tribüne. Verweisen Sie den Zwischenrufer von der Tribüne.

Abg.Frisch fortfahrend: Selbst die Landeszeitung,selbst die Saarbrücker Zeitung mußten zugeben,daß am 1.Mai 100 000 Arbeiter mit dem Gewehr auf dem Rücken mitdemonstrierten.Und glaubt Ihr,Betriebsarbeiter,die ein Gewehr auf der Schulter haben, die würden sich vielleicht derartigen Terrormaßnahmen unterwerfen,wie die Betriebsarbeiter in Deutschland und im Saargebiet unterliegen! Wir sagen als Kommunisten: Gebt doch einmal dem deutschen Arbeiter und dem saarländischen Arbeiter das Gewehr in die Hand,dann wird die Machtfrage sehr schnell gelöst sein.

Weiterhin verlangen wir,daß die 16 Millionen,die für das Landjägerkorps aufgewendet werden,beseitigt werden.Wir verlangen,daß diese 16 Millionen Franken zur Linderung der Not im Saargebiet verwendet werden.

Wenn wir einmal untersuchen,die Gehälter der oberen Beamten - und es war ja auch die sozialdemokratische Partei,die während ihrer Wahlpropaganda auf die Spitzengehälter schimpft und jetzt sagt man,sie solle keine Programmreden halten - wir können verstehen,daß die Sozialdemokratie nicht wünscht,Programmreden zu halten,denn sie hat im Interesse der Bourgeoisie die Arbeiterinteressen verraten und wenn wir nun verlangen,daß alle Gehälter über 2500.-Frcs.gekürzt werden bis auf diesen Betrag,so ist das ein billiges Verlangen und ein sittliches und moralisches Verlangen.Aber wir wissen,daß hundert und tausende zentrümlichen und sozialdemokratischen Beamten sehr unter diesen Kürzungen leiden werden und daß diese Beamten auch mit allen Mitteln versuchen,in Staat und Kommune den Notverordnungskurs durchzuführen.

Wenn wir untersuchen,daß ein Bergarbeiter an der Saar 36 Jahre arbeiten muß,um einmal an das Einkommen eines Herrn Kossmann heranzukommen,so kann man schon sehen,wie in Wirklichkeit die Lasten verteilt sind und genau so ist auch das Ver-

<u>hältnis</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4

Verhältnis der Bezüge der Erwerbslosen und Rentner im Vergleich zu den Gehältern der oberen Beamten.

Wir verlangen weiter die Erhebung der Millionärsteuer. Wie schon mein Fraktionsfreund Lorenz sagte, hat man der werktätigen Bevölkerung aus Deutschland 400 Millionen abgenommen und hat sie der Großindustrie geschenkt, deshalb verlangen wir, daß diese mit einer Sondersteuer von 50 % belastet werden, und auch auf sämtliche Vermögen, die über 200 000.-Frcs. liegen 10 % Sondersteuer.

Weiterhin verlangen wir die Besteuerung der Aufsichtsratstantiemen in Höhe von 20 %. Wir müssen bei dieser Gelegenheit feststellen, daß derartige Profitjäger manchmal Tantiemen bekommen, die 40 bis 50 000 Franken betragen pro Sitzung. Im Reich hat man in der chemischen Groß-Industrie an Aufsichtsratstantiemen für 3 Sitzungen 1/2 Million Mark bezahlt. Wir verlangen, daß diese Aufsichtsratstantiemen mit 20 % besteuert werden. Das wäre die Besteuerung der Millionengeschenke an die Kapitalisten an der Saar.

Weiterhin verlangen wir eine Sonderbesteuerung von 10 % aller großen Einkommen von über 50 000.-Franken und das auch auf die Einkommen der Staatsbeamten.

Weiterhin verlangen wir die 350 Millionen Franken, die in den Festungsgürtel in Frankreich ruhen und dort benutzt werden gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung, die sogar dazu benutzt werden wollen, um in dem Moment, wo die Arbeiter versucht werden die Macht zu ergreifen, um gegen die deutsche Revolution einzugreifen.

Wir sind nicht der Ansicht, daß die Regierungskommission diese unsere Forderungen durchführen wird. Wir wissen, daß diese Fragen Machtfragen sind. Wir wissen, daß der Lohnabbau nicht durch Verhandlungen verhindert werden kann. Alle Verhandlungen haben gezeigt, daß sie nur noch weiteres Elend brachten. Wir als Kommunisten sagen den Arbeitern: Ihr müßt kämpfen um euer Recht. Hier stehen sich die Interessen zweier Klassen gegenüber. Hier steht die Regierungskommission als Vertreterin der Kapitalsinteressen an der Saar und dort stehen die hungernden Massen und nur im Kampfe werden diese Forderungen zu erfüllen sein.

(Beifall bei den Kommunisten)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

bg.Schmelzer(DSV): Meine Dame und meine Herren! Der Herr Schmoll hat es für richtig gehalten,Vorwürfe gegen meine Partei zu richten. Es wäre besser gewesen,wenn er diese Dinge nicht vorgebracht hätte. Ich könnte Herrn Schmoll entgegenhalten, wer so wie er oder durch seine Zeitung oder durch die von ihm beeinflußten Flugblätter den politischen Gegner verunglimpft und in gehässiger Weise angegriffen hat, der sollte lieber schweigen über diese Dinge und froh sein, wenn die Angelegenheit nicht weiter zugespitzt wird.

Er hat dann eine Reihe von Vorgängen vorgebracht,die einseitig dargestellt sind.Ich will nicht mehr als das unbedingt notwendig ist,darauf eingehen. Er hat den Besuch in Saargemünd erwähnt. Die Darstellungen über das Zustandekommen dieses Besuches und den Wert des Besuches gehen auseinander. Ich kann aus eigener Kenntnis nichts sagen, sondern nur vom Hörensagen. Ich möchte auch keine Schärfe in das hineinbringen,was ich hier sage.Er hat eins übersehen,daß der Kampf, der damals gegen seine Partei eingesetzt hat, gegen den Haus-und Grundbesitzerverein,in jenem Augenblick,als der Landesrat gegründet wurde,wo in aller Welt verkündet wurde,die Saargebietsbevölkerung sei nur wirtschaftlich eingestellt und hätte keine politischen Interessen. Er hat es damals für richtig gehalten,weil er keiner politischen Partei angehörte - die Liberale Partei hatte damals beschlossen,ihn nicht aufzunehmen-,diese Darstellung der Regierungskommission dadurch zu unterstützen,daß er eine unpolitische Partei gründete. Damals hat der Kampf gegen Herrn Schmoll eingesetzt. Der Kampf wurde nicht etwa geführt von der Liberalen Volkspartei, oder der nachfolgenden Deutsch-Saarländischen Volkspartei, sondern von allen Parteien und einer sehr zahlreichen Anhängerschaft in der Bevölkerung. Damals war das eine ungeheuer wichtige Sache. Herr Schmoll hatte,wie er selber sagt,der Demokratischen Partei angehört. Er ist aus der Demokratischen Partei nach einer sehr heftigen Auseinanderstzung ausgeschieden und hat sich bei meiner Partei angemeldet,wo er nicht aufgenommen wurde,und zwar zu der Zeit,als der Kampf gegen die französischen Forderungen noch eine ganz andere Bedeutung hatte, als in der nachfolgenden Zeit oder heute.Er hatte sich eingesetzt für die Einführung des französischen Franken für die Mieten im Interesse der Hausbesitzer.Deshalb erklärt sich auch die Gründung der sogenannten unpolitischen Partei der Haus-und Grundbesitzer.Dem Herrn Schmoll ist immer wieder der Vorwurf gemacht worden,daß er gegenüber den Landfremden - er war ja nicht ein irgend jemand, er stand an hervorragender Stelle. Sie hörten,daß er für einen Beigeordneten eintreten konnte, manchmal zu nachgiebig gewesen sei,daß er seine Pflicht nicht dahingehend erfüllt hätte,daß er sich in die vorderste Front gestellt hat. Deswegen ist er bekämpft worden.

Ich will auf die anderen Dinge nicht eingehen,weil ich keine Schärfe in diese Diskussion hineinbringen möchte und weil es nicht unsere Aufgabe ist in den nächsten zwei Jahren. Darin stimme ich mit dem Herrn Lieser überein.

Aber,daß etwas falsch war,Herr Schmoll,das lasse ich nicht gelten,das läßt keiner gelten,der damals tätig war. Die Aufhebung des Verbots,das damals erzielt wurde,das war kein Erfolg des Herrn Schmoll,das war ein Erfolg der Saarbevölkerung,daß sie mit allen Fasern ihres Herzens die Fremdherrschaft bekämpft hat. Das war die Absicht,und der Erfolg ist da.

Ich könnte auf jeden einzelnen Punkt eingehen,ich vermeide es aber mit Absicht.Ich erinnere Sie an einen

Brief.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

Brief,Herr Schmoll,den Sie mir geschrieben haben nach der letzten Landesratswahl.

Dann der Parteifreund von Ihnen,der bekannte Landwirt Wagner aus Piccard. Er gehört,glaube ich, zu den Leuten,die später die "Saarlouiser Mistresolution" eingebracht hatten, die zum Gegenstand hatte,man sollte das Militär im Saargebiet lassen wegen des Mistes,der von großer Bedeutung für die Landwirtschaft sei. In einer Sitzung des Landesrates ist Herr Schmoll mit diesem gegen alle Parteien des Landesrates aufgetreten und hat für die Regierung gestimmt gegen die anderen Parteien des Landesrates.Und daraufhin hat Herr Röchling den Zwischenruf gemacht,den ich im Interesse des Friedens hier nicht wiederholen möchte. Auf diesen Zwischenruf basiert der Brief des Herrn Schmoll an mich,ich möchte mich dafür verwenden,daß eine Versöhnung zwischen Herrn Röchling und ihm herbeigeführt werde. Es sei doch nicht angängig,daß man so nebeneinander herlaufe. Und er schrieb auch wörtlich - Herr Schmoll, Sie haben vielleicht noch die Kopie -: Wenn ich einmal Fehler gemacht habe,sollte man unter diese Fehler einen Strich ziehen und sie nicht in Zukunft fortsetzen.Ich habe mich dafür verwandt.Herr Schmoll ist mit den anderen Deutschen nach Genf gefahren und nach Berlin,weil ich ihm auch darin Recht gebe,man soll unter diese Dinge einen Strich ziehen. Wenn er sagt, wenn ich Fehler gemacht habe,so ist er sich seiner Sachen doch nicht ganz sicher. Ich hätte diese Dinge nie erwähnt,ich habe es gegen niemanden getan,auch nicht in den heftigsten Wahlbewegungen,auch nicht, als ich in einem Flugblatt auf das gründlichste und ordinärste persönlich verunglimpft wurde. Aber,ich sage das heute nur deshalb,weil ich es doch nicht für richtig halte,wenn man nun Fehler,die man selbst einsieht,umzudeuten sucht in Verdienste. So liegen die Dinge nicht ! Ich bin durchaus bereit,mit jedem hier im Hause, mag er sitzen wo er will,die nächsten zwei Jahre durchzuhalten,wie wir es getan haben,weil wir sehr große und wichtige Aufgaben zu erledigen haben. In diesem Sinne bedauere ich es,nicht weil meine Partei etwas zu fürchten hätte. Es sind Dinge,die ich nicht verantworten kann.Daß man nun in dem begreiflichen Versuch der Abwehr Dinge herausstellt und falsch darstellt,Dinge,die ein anderes Gesicht bekommen,mit vielen Dingen wäre es unmöglich.Herr Schmoll hat eine Ausstellung erwähnt,die im Jahre 1919 stattgefunden hat und hatte bemerkt,die Handelskammer,die Hand werkskammer,hätten diese Dinge mit betrieben,Herr Röchling hätte ausgestellt.Ich weiß nicht,Herr Schmoll,ob Sie die Absicht hatten,mit der Erwähnung dieser Körperschaften auch noch mir einen Stich zu versetzen.Der ging fehl,ich war damals noch nicht Vorsitzender,nicht einmal im Vorstand.Ich will,das ist interessant, erwähnen, welche Gründe haben damals die Saarwirtschaft,einschließlich des Herrn Röchling,einschließlich der Handelskammer und anderer Stellen bewogen,die Ausstellung überhaupt aufzuziehen, mitzumachen. Die Franzosen hatten die Absicht,hier eine große Ausstellung zu veranstalten,sie haben Versammlungen vorgeschlagen,um zu zeigen,welche Gruppen ausstellen sollten. Es haben sehr eingehende Auseinandersetzungen darüber stattgefunden,was soll denn nun getan werden.Das Endresultat dieser Beratungen war, daß die Saarwirtschaft den Franzosen zeigen soll,daß trotzdem Deutschland durch diesen vierjährigen Krieg zermürbt und niedergerungen ist, doch noch fähig ist, etwas auf die Beine zu stellen in wirtschaftlicher,technischer und künstlerischer Hinsicht.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

Das war die ausschlaggebende Veranlassung und aus keinem anderen Grunde. Das ist gelungen. Alle Beteiligten haben ihre Ehre dreingesetzt, am Tage der Eröffnung fertig zu sein und ihr Bestes zu zeigen. Die Franzosen waren nicht fertig - die Deutschen waren fertig - sie kamen überhaupt nicht weiter. Nun frage ich Sie, war es richtig? Ich bin heute noch der Meinung, daß es richtig war, was wir getan haben. Dass es richtig war, wird bewiesen durch das Bekenntnis des Herrn Schmoll und seines Anhangs, daß man sich mit diesen Landfremden nicht weiter einlassen soll, als unumgänglich notwendig ist. Der Erfolg ist erzielt worden. Herr Schmoll gliedert sich ein in die Front, die damals bestanden hat, und er tat nicht als Mann von hervorragender Stelle das, was man von ihm erwartet hat.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

g.Schmoll (DBM): Meine Dame und meine Herren! Auf die Ausführungen des Herrn Schmelzer,der sich als den Friedensstifter ausgibt, gehe ich nicht ein. Ich kann vielleicht später einmal nachweisen,daß nicht ich,sondern Herr Schmelzer die Einheitsfront gestört hat. Im Saarbrücker Rathaus sind im Jahre 1920 17 Stadtverordnete aufmarschiert,die hier die bürgerliche Mitte vertreten haben,und Herr Schmelzer war der Mann, der diese Einigung des Bürgertums zerschlagen hat.Ich habe damals in der Wahlversammlung im Saarbrücker Theater gesagt,daß diese Sammlung der Anfang sein müßte zu einer Einheitsfront aller Deutschen an der Saar mit Ausnahme des Zentrums. Das Zentrum nimmt in der Beziehung eine Sonderstellung ein,weil es mehr die kirchlichen Belange in den Vordergrund stellt.Drei Jahre haben wir 17 Stadtverordneten segensreich für die Bürgerschaft gewirkt. Und dann,wenn ich früher Fehler gemacht hätte,warum sind sie mir in jener Zeit nicht vorgehalten worden ? Die Gruppe Schmelzer ging damals mit uns,aber von Herrn Schmelzer wurde ein Keil zwischen uns getrieben.Er war der Störenfried der ersten Einheitsfront. Nun haben wir uns schließlich gesagt, wir denken nicht daran,dem Herrn Schmelzer nachzulaufen,sondern machen,wie man so sagt,unseren eigenen Laden auf.Ich hatte mich vorher bei der Deutsch-Saarländischen Volkspartei nicht allein angemeldet,sondern Herr Glasermeister Meyer hat mich angemeldet. und dazu geschrieben,er freue sich,daß er Herrn Schmoll als Mitglied der Partei zuführen könnte.Nach Wochen,als ich bereits die Haus-und Grundbesitzerpartei mitgegründet hatte,hat die Volkspartei zurückgeschrieben,sie würde mich nicht als Mitglied aufnehmen.

Herr Schmelzer kam auf Herrn Wagner zu sprechen. Wenn man so eine Partei neugründet,dann weiß man nicht,wer jeder einzelne ist und was er denkt. Ich bin, nachdem ich den Herrn Wagner kennengelernt hatte, von ihm abgerückt und habe dazu eine öffentliche Erklärung abgegeben.

Herr Schmelzer hat die Genfer Delegation erwähnt. Er war in der Redaktionsstube der Saarbrücker Zeitung als ich zum Chefredakteur gesagt habe,nehmt uns auf in die Einheitsfront,dann können wir,wenn Sie Zweifel haben sollten,nicht anders handeln als Sie. Da hat man mir geantwortet "tot" werden Sie gemacht! So wurden wir behandelt.

Ich habe mich mit Herrn Röchling ausgesöhnt,obwohl er mir sehr wehe getan hatte.

(Zuruf des Abg.Schmelzer(DSV): Durch meine Vermittlung!)

Ja,ich habe Sie um Vermittlung gebeten.Sie schlagen aber alles kaputt.Wenn Sie auch die größte Zeitung hinter sich haben,es wird die Zeit kommen,wo Sie mit Ihrer Meinung nur noch bei einem kleinen Grüppchen durchdringen.Wir haben uns nichts vorzuwerfen.Ich bin ein Mensch,der auch andere als Menschen achtet und behandelt.Jeder Mensch macht auch einmal Fehler.Ich habe noch kürzlich in der Wahlversammlung gesagt und auf die Kommunisten hingewiesen,daß man auch diese Leute anständig behandeln soll.Und selbst,wenn wir Fehler gemacht hätten - machen nicht auch andere Fehler -? Ich würde aber alles unter den gleichen Verhältnissen wieder so machen,wie ich es damals getan habe.Herr Schmelzer legt einen eigenen Maßstab an.

Ich könnte aber auch über die "Albo" reden,da sind Sie auch im Irrtum. Sie hetzen gegen ein Institut,das dem Handwerk Millionen gebracht hat. Ich habe mich damit abgefunden.Herr Schmelzer wird mich ja wohl noch über das Grab hinaus verfolgen. Es wird aber die Zeit kommen, wo er mit seiner Meinung vielleicht allein dastehen wird.

Zuruf

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

(Zuruf des Abg.Schmelzer(DSV): Ich darf sagen,daß der entstandene Riß durch Herrn Schmoll hervorgerufen wurde.)

Vorsitzender: Damit ist die Debatte geschlossen.

Abg.Hey (KP): Jeder einzelne Redner hat der Kommunistischen Partei Unanstand und Unhöflichkeit vorgeworfen.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Hey,die Debatte ist geschlossen. Ich schließe die Sitzung (13 Uhr 30 Minuten).

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4